Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 10 – 24 Novbr. 1 Goldmark = 600 Milliarden Papiermark. Einzelverkaufspr. 18 Gold-Pfennige = 108 Milliard. Papiermark.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 Gold-Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige. Reklamen 80 Gold-Pfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 926 nur Geschäftsstell. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 265. Montag, 19. November 1923. 30. Jahrgang.

Der Endkampf.

Berlin, 18. November 1923.

Als die französischen und belgischen Militärs im Januar dieses Jahres ins Ruhrgebiet einmarschierten, ergingen aus dem Reich in das neubesetzte Gebiet endlose Rufe der Treue, die in allen Kreisen des Ruhrgebiets Aufnahme fanden und mit Gegenversicherungen beteuert wurden. Aber schon nach wenigen Wochen des Widerstandes zeigte sich, daß für die maßgebenden Berliner Stellen sowie für Handel und Industrie im besetzten und unbesetzten Gebiet diese Treuekundgebungen rein platonischer Art waren und lediglich die Arbeiterschaft sich bis heute der gelobten Treue in aller Konsequenz bewußt geblieben ist. Das Treuegelöbnis der Reichsregierungen wäre nur als solches zu werten gewesen, wenn sie es auch verstanden hätten, praktisch ihre Treue durch die Tat zu beweisen. Aber weder sie noch Handel und Industrie haben das getan, wozu sie gemeinsam verpflichtet gewesen wären. Die einen forderten keine weitgehenden Opfer des Besitzes, während die andern selbstverständlich nicht bereit waren, diese Opfer freiwillig zu bringen. So mußte der passive Widerstand in seiner Wirkung ebenso verloren gehen, wie der tragische Ausgang des Krieges **dank des mangelnden Nationalgefühls der besitzenden Schichten** und der Kurzsichtigkeit der kaiserlichen Regierung nicht zu verhindern war. Immerhin wäre selbst nach dem Abbruch des passiven Widerstandes noch manches zu retten gewesen, wenn nicht innerpolitische Rücksichten die Außenpolitik des Kabinetts Stresemann bestimmt hätten, wenn jene Politik getrieben worden wäre, die dem Treuegelöbnis auch praktischen Wert gegeben hätte. Darauf hat man verzichtet und ebnete so jenen Bestrebungen im Rheinland den Weg, die sich heute überall aus politischen bezw. privatkapitalistischen Gründen breit machen und die eifrige Förderung des Herrn Tirard in Koblenz erfahren.

Durch die nach dem Verzicht auf den passiven Widerstand erfolgten **Unterlassungssünden des Reichskanzlers Stresemann** als Außenminister war die Bevölkerung des Ruhrgebiets gezwungen, selbständige Verhandlungen zur Widerherstellung produktiver Verhältnisse zu führen. Hinze und Kunze konnten mit Herrn Tirard verhandeln und dadurch wurde eine geschlossene deutsche Aktion zur Rettung des Rheinlandes von vornherein verhindert. Die französischen Unterhändler haben es verstanden, die deutschen Einzelaktionen für die Ziele der Politik Poincares geschickt auszunutzen. Sie verhinderten auf Befehl von Paris einen schnellen Abschluß der Besprechungen mit der Absicht, dadurch die deutsche Widerstandskraft mehr und mehr zu lähmen und schließlich die Reichsregierung außerstande zu setzen, weiterhin die Unterstützungen für die Erwerbslosen und Sozialrentner zu zahlen. Leider gab und gibt es innerhalb der Regierung Stresemann heute noch Kräfte, die durch ihre sonderbare Auffassung über die Behandlung der besetzten Gebiete diese Bestrebungen gefördert haben. Statt die letzten Anstrengungen zur Rettung des Ruhrgebietes durch steuerpolitische Maßnahmen, die zweifellos möglich gewesen wären und noch möglich sind, zu machen, gaben sie schließlich dem Druck der französischen Politik nach, indem vor der ganzen Welt eingestanden wurde, daß Deutschland nicht länger in der Lage ist, die Unterstützungen für die besetzten Gebiete zu zahlen. Die Unterbrechung der Verhandlungen in Düsseldorf ist nicht zuletzt auf dieses Eingeständnis zurückzuführen, wie unseres Erachtens auch die französischen Bestrebungen auf Wiedereinführung der Militärkontrolle in Deutschland sowie die Absichten Frankreichs, die Rückkehr des Kronprinzen zum Anlaß weiterer Maßnahmen zu nehmen, nur im Zusammenhang mit dem Ziel zur Verwirklichung eines autonomen Staates im Westen Deutschlands zu betrachten sind. Die Zermürbungstaktik von ehedem mit militärischen Mitteln und ihre spätere Ergänzung durch jene kulturwidrige wirtschaftliche Obstruktion wird neuerdings durch allgemeine politische Druckmaßnahmen verschärft. Damit ist die letzte Etappe auf dem Wege zur endgültigen Gestaltung eines utonomen Rheinstaates erreicht.

Die Verhandlungen des Fünfzehnerausschusses, die am Sonnabend in Berlin wieder aufgenommen und am Montag fortgesetzt werden, können deshalb unter den obwaltenden Umständen nur den Sinn haben, der mit allen Mitteln verfochtenen Politik Poincares nach Möglichkeit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber wie die Verhältnisse heute liegen, betrachten wir selbst die jetzt beabsichtigte Aktion gegen die französische Politik in den besetzten Gebieten als in ihrer Wirkung verfehlt, weil Frankreich durch die Offenherzigkeit der Reichsregierung unsere Schwächen kennt und stark genug sein dürfte, sie in jeder Beziehung zu seinen Gunsten auszunutzen. Durch das unberechtigte Eingeständnis, aus finanziellen Gründen die Zahlungen für das Ruhrgebiet einstellen zu müssen, hat die Regierung die von einzelnen Ministern seit Monaten verfolgte Politik, die nicht mit der Auffassung des deutschen Volkes übereinstimmt, zweifellos gefördert, aber gleichzeitig auch Poincare den Fingerzeig gegeben, alle Gegenmaßnahmen, ob sie aus der Ruhrbevölkerung selbst stammen oder von wem sie auch kommen mögen, auf kurz oder lang zu durchkreuzen. Welchen Gang aber auch die Entwicklung nehmen mag, so lange die Reichsregierung im übrigen Deutschland Unterstützungen an die Erwerbslosen und Sozialrentner zahlt und ungeheure Summen für die Länderregierungen erübrigt, so lange ist es ihre Pflicht und Schuldigkeit, auch für das Ruhrgebiet und Rheinland zu sorgen. Denn noch sind die Bewohner der besetzten Gebiete deutsche Staatsangehörige und wir hoffen, daß sie sich selbst, wenn die Zeit kommen sollte, in der sich die von der Sozialdemokratie mit aller Energie bekämpfte Reichspolitik zum Schaden Rumpfdeutschlands auswirkt, als autonome Rheinländer dennoch als Deutsche fühlen!

Die Gefahr für den Westen.

Verhandlungen gescheitert.

SPD. Die Verhandlungen zwischen der **Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins** und der **Micum** sind abermals unterbrochen worden, weil die **Micum die Anrechnung der Kohlenlieferungen auf Reparationskonto ultimativ verweigerte.** Selbstverständlich ist die Buchung der Naturalleistungen nicht der einzigste Grund für die Haltung der Micum, die bekanntlich nur Anweisungen aus Paris befolgt, wo wirtschaftliche Notwendigkeiten hinter politischen Fragen rangieren. **Sicher betrachtet die französische Politik den Augenblick für äußerst günstig, einen weiteren und sehr konkreten Schritt in der Abtrennung der Rheinlande und Westfalens vom Reich zu tun.** Bis jetzt war die Reichstreue der rheinisch-westfälischen Bevölkerung der stärkste Wall gegen derartige Pläne und es ist doppelt bedauerlich, daß die gegenwärtige Regierung durch ihre Haltung besonders in der **Erwerbslosenfrage** ihn bedenklich erschüttert. Wie die Entgleisungen der deutschen Reichspolitik durch die Micum zur Beeinflussung der Stimmung der Bevölkerung ausgenutzt werden, zeigt das Echo, das die diktatorische Art der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie bei ihr gefunden hat. In einem Anschlag macht die Micum bekannt, daß sie einen Eingriff deutscher Arbeitgeber in die deutschen sozialen Gesetze vor dem 1. Januar 1923 nicht dulden könne. Selbstverständlich wird kein Arbeiter im Rheinland und Westfalen diesem Versprechen, das unleugbar in dem Anschlag liegt und im wohltuenden Gegensatz zu der auf dem Dortmunder Arbeitsamt abgegebenen Erklärung der deutschen Schwerindustrie steht, trauen. Es heißt den Bock zum Gärtner machen, wenn die Ruhrknappen dem französischen Kapitalismus die Wahrung ihrer sozialen Errungenschaften überlassen. Jedoch deckt das Vorgehen der Micum die große Gefahr auf, die darin liegt, daß man in der nationalen Frage der Zusammengehörigkeit der Westmark zum Reich einen Keil in die Bevölkerung treibt.

Regierung oder Rentenbank?

Wer wird Deutschland regieren?

Der Verwaltungsrat der Rentenbank besteht im wesentlichen aus Vertretern des Landbundes und des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der unter der Leitung des Geheimrats Bücher nachgerade ausschließlich immer mehr zu einem Werkzeug der Stinnespolitik geworden ist. Nun sind die Befugnisse der Rentenbank durch das Gesetz genau umschrieben. Die Herrschaften im Verwaltungsrat halten sich aber nicht daran, sondern versuchen, sich als eine Art Aufsichtsinstanz über die Regierung zu etablieren. Bei dem kürzlich erfolgten Empfang durch den Reichskanzler legten sie ihr ganzes politisches und soziales Scharfmacherprogramm als ihre Forderung vor. Sie sagten dem Reichskanzler wie er die auswärtige Politik (!) zu gestalten habe und was für Steuerpolitik sie wünschten; vor allem aber verlangten sie natürlich die „Aenderung des Arbeitszeitgesetzes", die „Befreiung von Tarifverträgen" und die „vollständige Umstellung der Erwerbslosenfürsorge", mit anderen Worten also die Beseitigung des Achtstundentages und die Demolierung der sozialen Gesetzgebung. Das alles forderten sie nicht etwa als Vertreter der engherzigsten Profitinteressen, sondern als Vorstand und Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank, einer vom Reich geschaffenen Institution!

Und der Herr Reichskanzler? Hat er, der seinerzeit die Wahrung der Staatsautorität an die Spitze seines Programms gestellt hat, den Herren wissen lassen, daß die Politik Sache der Regierung und des Reichstages, nicht aber die Befugnis der Rentenbank und ihres ganz einseitig zusammengesetzten Verwaltungsrats sei? Keine Spur! Herr Stresemann erklärte vielmehr seine Zustimmung! Mit keinem Worte deutete er an, daß dieses ganze Auftreten ein frecher Uebergriff, eine Mißachtung der Verfassung ist.

Wenn Herr Stresemann vor den anwesenden Gesellen so zusammenknickt, so ist natürlich von dem Herrn Dr. Luther noch weniger zu erwarten. Die Rentenbankherren scheinen sich einzubilden, daß sie sich jetzt als Kontrollinstanz über Regierung und Reichstag in allen Finanzfragen aufspielen können. Sie haben von Herrn Dr. Luther, der bisher nicht den Mund aufgemacht hat, um Oeffentlichkeit und Reichstag über den Stand der Finanzen zu informieren, hat gehorsam den Herren, die das garnichts angeht, einen solchen hat vorgelegt. Die Herren haben nämlich damit gedroht, daß sie davon die Gewährung und das Ausmaß der Kredite an das Reich abhängig machen werden. Statt die Leute darauf zu verweisen, daß diese Kreditgewährung gesetzlich festgelegt ist und sie nicht das geringste Recht haben, sich als Nebenregierung aufzutun, hat Herr Luther diesen Wünschen, man sollte es nicht glauben, ohne weiteres entsprechen.

Die Anmaßung der Leute von der Rentenbank ist insbesondere deshalb unerhört, als weder sie noch die Kreise, die sie angeblich vertreten, dem Reiche auch nur das geringste materielle Opfer bringen. Denn in Wirklichkeit ist es so, daß die hypothekarische Belastung, die das Reich kraft seiner Steuerhoheit Industrie und Landwirtschaft auferlegt hat, kaum je zu wirklichen materiellen Leistungen führen wird. Allem Anschein nach wird die Rentenbank durch die Zinsen, die sie vom Reich und von der Reichsbank erhalten wird, ein sehr gutes Geschäft werden. Am wenigsten aber bringen Vorstand und Verwaltungsrat, die für das ganz einfache Geschäft, das der Rentenbank obliegt, ohnedies einen viel zu kostspieligen Apparat darstellen, nicht nur keine Opfer, sondern erhalten Bezüge, über deren Höhe die Oeffentlichkeit etwas zu erfahren viel mehr Interesse hat, als für die unbeträchtlichen politischen Ansichten dieser Gesellschaft.

Dollar 2520 Milliarden.

1 Goldmk. 600 Milliarden, 1 Goldpfg. 6 Milliarden.

Spannung zwischen England und Frankreich.

London, 17. November.

Man befürchtet, daß die Dinge zwischen Deutschland und Frankreich

dem offenen Bruch

zutreiben. Gleichzeitig gilt die Entente für gefährdeter denn je Frankreich verlangt von England die Zustimmung zu neuen Sanktionen mit der Drohung, sie andernfalls allein auszuführen England verweigert die Zustimmung. Die „Times" sagt das isolierte Vorgehen wäre für Frankreich gefährlicher als irgend welche Schwächeausbrüche des erschöpften Deutschland In einem langen „Times"-Artikel wird ausgeführt, daß die französischen Bedingungen für die Ruhrgruben nach Ansicht britischer Sachverständiger völlig unmöglich sind.

England gegen unmögliche Forderungen.

London, 17. November.

Das Reuterbureau meldet aus zuverlässiger Quelle, daß der britische Standpunkt bezüglich der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland der ist, daß bei den gegenwärtigen ungeordneten Zuständen keine unmöglichen Forderungen gestellt werden sollen. England tritt für zeitweilige Zustimmung zu einer beschränkten militärischen Kontrolle ein, die bessere Gewähr für die Sicherheit bieten würde als neue Sanktionen.

Die Wahlparole der Arbeiterpartei.

Gleichberechtigung Deutschlands!

London, 17. November.

Die Arbeiterpartei hat heute ein Manifest über ihr Wahlprogramm veröffentlicht. Darin wird betont, daß der Schutzzoll kein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Weiter wird für eine Politik der internationalen Zusammenarbeit durch einen stärkeren und größeren Völkerbund eingetreten. Endlich besagt das Manifest, der Schatzkanzler einer Regierung der Arbeiterpartei würde eine einmalige abgestufte Kapitalsabgabe für Kapitalien von 5000 Pfund Sterling an erheben, ausschließlich zum Zwecke der Ablösung der Kriegsschuld.

In dem Manifest heißt es im einzelnen: Die Arbeiterpartei tritt ein für eine Politik internationalen Zusammenwirkens durch einen verstärkten und vergrößerten Völkerbund, die Regelung von Streitfragen durch versöhnliche schiedsgerichtliche Entscheidungen sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz durch die britische Regierung, an der Deutschland auf Grundlage der Gleichberechtigung teilnehmen würde, zu einer Verhandlung über die Revision des Versailler Vertrages, und Wiederaufnahme freier wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zu Rußland.

Sozialistenverfolgung in Polen.

Die Krakauer Streikunruhen hatten infolge des Uebergangs von Posener und anderen Truppen zu den Arbeitern, die nun ihre Waffen gegen die Wehrmacht gebrauchten, mit einem Erfolg der Arbeiter geendet. Jetzt hat der nach Krakau delegierte Staatsanwalt beim Sejm die Auslieferung der sozialistischen Abgeordneten von Krakau, Dr. Marek, Gobrowski und Stanczyk an die Gerichte beantragt.

Im Rechtsausschuß des Sejm, dessen Vorsitzender Abg. Marek ist, forderten die Vertreter der Regierungsparteien den Vorsitzenden auf, mit Rücksicht auf diese Beschuldigungen das Amt des Präsidenten niederzulegen. Marek lehnte diese Forderung ab, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Parlamentsschluß in England.

Die Thronrede kritisiert Frankreichs Haltung.

London, 16. November.

Das Parlament ist heute mit einer Thronrede geschlossen worden, in der es u. a. heißt: Unglücklicherweise ist es nicht möglich gewesen, die Zustimmung der französischen Regierung zu den Vorschlägen der britischen Regierung zu erlangen, von denen gehofft wurde, daß sie zur Lösung des Reparationsproblems führen würden. Die Regierung betrachtet mit tiefer Besorgnis die Fortdauer der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, die in so weitem Maße von der Lösung der Reparationsfrage abhängen. Die bedenkliche Lage, die sich in Deutschland entwickelt hat, nimmt die Aufmerksamkeit der Regierung sehr ernst in Anspruch.

Die Thronrede besagt weiter, daß die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zur Beilegung der Schwierigkeiten betreffend die Mitnahme von alkoholhaltigen Flüssigkeiten und die tatsächliche Einfuhr in die Vereinigten Staaten fortgehen. Sie gibt ferner dem Bedauern über die Erdbebenkatastrophe in Japan Ausdruck und erklärt, die kürzlich abgehaltene Reichskonferenz habe sorgfältig wichtige Fragen, die die auswärtigen Beziehungen und die Reichsverteidigung berühren, geprüft und der Förderung des Handels und der Ansiedlung innerhalb des britischen Reiches besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Lage des Ackerbaues und das Problem der Arbeitslosigkeit verursachten im ganzen Lande weiter tiefe Besorgnis. Trotz aller Bemühungen der Regierung, die dringende Notlage zu erleichtern, befänden sich große Massen der britischen Mitbürger noch in einem beklagenswerten Zustande. Die Regierung sei überzeugt, daß, wenn nicht Maßnahmen zum Schutze und zur Entwicklung des heimischen Marktes getroffen würden, keine dauernde Besserung der Lage zu erwarten sei.

Das Parlament hat sich bis 20. Dezember vertagt.

Diese Vertagung dürfte nur den Zeitpunkt bestimmen, zu dem das neuzuwählende Unterhaus zusammentreten soll.

Weizen gegen Kali.

Ein deutsch-amerikanischer Austausch.

Paris, 17. November.

Der „Chikago Tribune" wird heute mitgeteilt, daß Herr Stresemann gestern Herrn Grey Silver, dem Präsidenten des amerikanischen Landwirtverbandes, ein Austauschabkommen in dem Sinne vorgeschlagen habe, daß Deutschland Kali gegen amerikanischen Weizen austauschen würde. Diese Anregung wurde in allen Einzelheiten den amerikanischen Delegierten vom Finanzminister Luther und Ernährungsminister Kanitz auseinandergesetzt. Beide Minister hielten einen Austausch von Kali und Futterstoffen oder anderen deutschen Produkten gegen amerikanischen Weizen für geboten, doch geben sie zu, daß die hohen deutschen Preise eine Ausführung dieses Planes zunächst verhinderten. — Herr Kanitz erklärte: „Ich wende mich an die amerikanische Regierung oder an das amerikanische Volk mit der Bitte, Deutschland 50 Millionen Scheffel Weizen auf der Stelle gegen langfristige Kredite zu liefern, denn das ist der einzige Weg, einer ungeheuren Hungersnot in Deutschland während des Winters vorzubeugen. Wir haben keine Zeit, um ein verwickeltes Austauschsystem auszuarbeiten, denn uns fehlen 2 Millionen Tonnen Weizen, und Rußland könnte uns nur ein Viertel von diesem Betrage zur Verfügung stellen. Es ist keine Rede davon, daß wir bar bezahlen, doch wird Deutschland später diese Schuld abzahlen können." Die Minister Kanitz und Luther werden sich heute mit Herrn Silver, dem Vertreter aus Washington, treffen und alle Einzelheiten des Austauschplanes vereinbaren. Silver erklärte dem deutschen Minister, daß er diesen Plan für sehr zweckmäßig halte, da Deutschland über große Mengen an Kali verfüge, an der die amerikanischen Landwirte außerordentlichen Bedarf hätten. Falls ein Schutzzollabkommen getroffen werden könne, so bestehe eine Möglichkeit, Amerika das Kali zu billigem Preise zu liefern.

Stresemann hilflos!

Am Dienstag tritt der Reichstag zusammen, um über die hilflose Politik des Kabinetts Stresemann sein Urteil zu fällen. Der gegenwärtige Reichskanzler ist darüber unterrichtet, wie man in den Mittelparteien und innerhalb der Sozialdemokratie über ihn und die von ihm getriebene Politik denkt und weiß deshalb auch, daß seine Position im Augenblick vollkommen erschüttert ist. Aus diesem Grunde versucht er jetzt, fünf Minuten vor Torresschluß, zu retten, was noch zu retten ist, weil er glaubt, Reich und Volk durch seine weitere Reichskanzlerschaft einen Dienst zu erweisen. Insbesondere wird von ihm gegenwärtig eifrig versucht, bei der Sozialdemokratie Gefallen zu finden und sie zur Aenderung ihrer bisherigen Haltung zu veranlassen. Endlich soll er einsehen, daß der Ausnahmezustand überholt ist und aufgehoben werden muß. Zu dieser Annahme hat ihn anscheinend auch das Regime des Herrn Seeckt veranlaßt, der seine Maßnahmen in den letzten Tagen nicht nur auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beschränkte, sondern sich als Militärbefehlshaber außerdem die Vollmachten anderer Ressorts anmaßte. U. a. erließ er vor wenigen Tagen eine Verordnung gegen die Schlemmerlokale, die zweifellos angebracht war. Herr Koeth, der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister, hat sich dadurch verletzt gefühlt und den Eingriff in die ihm zustehenden Befugnisse am Donnerstag mittag mit einem Rücktrittsgesuch beantwortet. Erst auf dem Wege der Verhandlungen wurde dieser Streit geschlichtet, sodaß Herr Koeth sein Rücktrittsgesuch zurücknehmen konnte.

Auch in anderer Beziehung werden Herrn Stresemann wieder einmal — wie lange? — politische Wandlungen nachgesagt. Er selbst hat zwar schon längst eingesehen, daß mit seiner Fraktion, der Volkspartei, in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht zu regieren ist, ohne daraus aber die Konsequenzen zu ziehen. In den letzten Wochen ist vielmehr durch ihn den Hohlköpfen der eigenen Fraktion Rechnung getragen worden. Schon deshalb fällt es uns sehr schwer, den ihm zurzeit wieder nachgesagten Anlauf zur Entschlossenheit gegen die Ruhestörer in seiner Fraktion Glauben zu schenken. Es wird nämlich behauptet — und wir haben Anlaß anzunehmen, das diese Aeußerungen von Herrn Stresemann selbst stammen —, daß der Reichskanzler beabsichtige, in der am Sonntag stattfindenden Sitzung des Zentralvorstandes der Volkspartei eine reinliche Scheidung zwischen sich und den Abgeordneten Marcwzky, Quaatz, Heinze und Gen. vorzunehmen. Wir wollen den Sonntag abwarten und dann urteilen. Jedenfalls kann Herr Stresemann mit Versprechungen auf die Sozialdemokratie nicht den geringsten Eindruck machen, wie auch der Versuch vergeblich ist, die sozialdemokratische Fraktion durch die Drohungen mit einer eventl. Auflösung des Reichstages zu einer ihm angenehmen Haltung veranlassen zu wollen. Zunächst hat auch der Reichspräsident zu einer eventl. Auflösung noch ein Wort mitzureden und selbst, wenn die Auflösung kommen sollte; nachdem alle Möglichkeiten zur Bildung einer neuen parlamentarischen Regierung erschöpft sind, braucht die Sozialdemokratie Neuwahlen keineswegs zu befürchten.

Um den Achtstundentag.

Verschiedentlich wird die irrige Auffassung vertreten, als sei mit dem 17. November die Demobilmachungsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten abgelaufen. Die Verordnung vom 29. Oktober d. J. habe eine Verlängerung der Arbeitszeitverordnung nur bis zum 17. November vorgesehen. Die Rechtspresse jubelt sogar, daß eine Verlängerung dieses Termins nicht erfolgt sei und der Achtstundentag auf diese Weise beseitigt wäre.

In Wirklichkeit besagt die „Verordnung über die Verlängerung der Geltungsdauer zweier Demobilmachungsverordnungen" vom 9. Oktober 1923 folgendes:

Die Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 (Reichsgesetzbl. S. 138) nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 136) und die Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilmachung über die Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 18. März 1919 (Reichsgesetzbl. S. 315) bleiben bis zum 30. November 1923 in Kraft.

Diese Verordnung hat der Reichsarbeitsminister dem Reichstag in den Drucksachen des Reichstages Nr. 6292 und 6293 (ausgegeben am 8. November) unter dem Datum des 31. Oktober zur Kenntnis gebracht. Die Verordnung ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen und im Reichsgesetzblatt I S. 1037 veröffentlicht.

Die Arbeitszeitverordnungen gelten also zunächst bis Ende November. Falls inzwischen das Arbeitszeitgesetz nicht verabschiedet wird, muß auf eine weitere Verlängerung dieser Demobilmachungsverordnungen hingewirkt werden.

Der Fall Zeigner.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen einen längeren Artikel, eine Darstellung gewisser Vorgänge während der Amtszeit Dr. Zeigners als Justizminister. U. a. schreiben sie.

„Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat wegen Verdachts der Bestechlichkeit im Sinne des § 332 des Strafgesetzbuches ein Verfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigner eingeleitet. Dieser Paragraph bedroht überführte passive Bestechung mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren. Dr. Zeichner war bekanntlich, bevor er die Ministerpräsidentschaft übernahm, sächsischer Justizminister. Man wird sich erinnern, daß er in dieser Stellung eine auffallende Fülle von Begnadigungen ergehen ließ, was seinerzeit schon in der gesamten deutschen Oeffentlichkeit bedenkliches Kopfschütteln erregte, wenngleich sich Dr. Zeigner dabei auf Amnestieerlasse zu stützen suchte. Nun hat aber Dr. Zeigner seine Stellung als Vorstand des Sächsischen Justizministeriums dazu mißbraucht, Leute, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, unter dem Deckmantel der Begnadigung diese Strafen zu erlassen, und zwar gegen bar und viele Geschenke. Er hat sich also die Begnadigungen abkaufen lassen."

Des weiteren behaupten die „Leipziger Neuesten Nachrichten", daß er in dringlichen Fällen entsprechende telegraphische Anweisungen zur Freilassung der Begnadigten erteilt habe und es sei vorgekommen, daß bereits Inhaftierte wieder entlassen werden mußten. Dr. Zeigner habe die Geschenke zum Teil in seiner Wohnung, zum Teil im Kaffeehaus, ja auf der Straße in Leipzig entgegengenommen. Insbesondere hätte er seine amtlichen Reisen zur Erledigung dieser Geschäfte benutzt. Die Zeitung wiederholt, daß sie über die Einzelheiten der Fälle vollkommen unterrichtet ist und sich heute mit allgemeinen Hinweisen begnügt. Weitere Einzelheiten über den Fall Zeigner könne sie jederzeit mitteilen.

Dr. Zeigner hält sich zurzeit wieder in Dresden auf, ist aber zu den Fraktionssitzungen nicht erschienen, und hat seine Mandatsniederlegung nur schriftlich mitgeteilt.

*

Dr. Zeigner, der bekanntlich der richterlichen Laufbahn entstammt, war von unseren sächsischen Parteigenossen mit raschem Vertrauen aufgenommen worden. Wäre auch nur ein geringer Teil der erhobenen Anschuldigung sachlich begründet, so wäre es klar, daß dieses Vertrauen an einen ganz Unwürdigen verschwendet wurde. Der sächsische Justizminister, Genosse Neu, hat die selbstverständliche Anordnung getroffen, den Fall ohne Ansehen der Person zu verfolgen, und die Landtagsfraktion hat Dr. Zeigner aufgefordert, sein Mandat niederzulegen und sich damit des Schutzes der Immunität zu begeben. Erst das öffentliche Gerichtsverfahren wird ein entscheidendes Urteil darüber gestatten, ob es sich um ungerechte Verdächtigungen handelt oder ob in diesem Fall wirklich das Vertrauen unserer sächsischen Parteigenossen schwer mißbraucht worden ist. Wir erwarten volle und unparteiische Aufklärung.

Dr. Zeigners Mandatsniederlegung.

Dresden, 16. Nov.

Während sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit der Angelegenheit Zeigner beschäftigte, traf ein Schreiben des früheren Ministerpräsidenten, in dem dieser erklärt, sein Mandat niederzulegen. Die Niederlegung des Mandats erfolgt wegen schwerer Anschuldigungen, die gegen Dr. Zeigner wegen seiner Tätigkeit als Justizminister erhoben worden sind und die auf nichtpolitischem Gebiet liegen. Von den Ergebnissen eines schwebenden Verfahrens ist eine völlige Aufklärung der Angelegenheit zu erwarten.

Zu Richard Dehmels 60. Geburtstag.

Von Karl Hahn.

Wir Freunde Richard Dehmels genießen heute mit ganz besonderer Beglückung des Dichters Kunst. Die Musik der Verse rauscht und klingt. Pracht und Kraft der poetischen Bilder trinkt die Seele. Ist's nicht ein künstlerisches Wunder, wenn Rhythmus und Gefühl sich selig die Hände reichen? Bewußter Kunst sich überwältigt hinzugeben, ist hier möglich und ist hoher Genuß. Vieltausend Herzen strömen dir ungesprochene Verehrung, Richard Dehmel, deinem herrlichen Dichtertum! Und schauen wir in dein zerwühltes Gesicht, packt uns dein Menschentum. Viel stärker noch als alle Feinkunst des Meisters!

Märkischer Kiefernwald. Goldbraune Wuchtstämme harren das Sturmlied. Des Dichters heißer Atem schlägt uns in Bann:

„Ich habe mit Inbrünsten jeder Art
mich zwischen Gott und Tier herumgeschlagen.
Ich steh' und prüfe die bestand'ne Fahrt:
nur Eine Inbrunst läßt sich treu ertragen:
zur ganzen Welt."

Dem faustischen Drange gilt sein geringeres Ziel als der innerliche Sieg über die Welt:

„Drum sollst du dulden, Mensch, dein Herz,
das so nach Wünschen bangt und glüht,
wie nach dem ersten Sonnenschimmer
die graue Nacht verlangt und glüht;
und sollst in deinen Lüsten
nach Seele dürsten wie nach Blut,
und sollst dich mühn von Herz zu Herz
aus dumpfer Sucht zu lichter Glut!"

O Qual der Sucht: des Geistes und der Sinne! Behagen willst du sie: also pack sie an!

„Trotz dem Notschrei des Propheten,
trotz der tausendjährigen Fleischverfluchung,
will ich immer wieder beten:
führe, führ uns in Versuchung!

Sei gepriesen, ewige Leidenschaft!
Wer Gefahr scheut, kann nicht siegen.
Laß uns mit geprüfter Kraft
aufstehn, wenn wir unterliegen!"

Einen Anlauf zu geistigem Höhenflug nimmt wohl fast ein jeder von uns einmal. Und unterlegen sind wir alle schon. Aufgestanden auch? „Interessant" ist's wohl, sich mit geistigen Problemen zu „beschäftigen", aber bitter wird's, wenn die Idee uns Dornenwege weist. Da ballt der Kämpfer Dehmel die Faust und geht mit jauchzendem Trotz in den Kampf. Und muß er verlassen stehn, so hat's ihm recht; sein Gebet verlangt sogar danach:

„Gib mir die Kraft, einsam zu bleiben,
Welt!"

Verklärten Auges zaubert der Dichter seine geliebte Frauengestalt vor unsere Seele:

„Und eine Frau erhob sich aus dem Glanz;
die trug im schwarzen Haupthaar einen Kranz
von hellen Rosen zwischen grünen Reben.
Ihr Morgenkleid von weißem Sammet glänzte
so sanft wie meine Heimatflur im Schnee,
die Rüsche aber, die den Hals begrenzte,
so blutrot wie die Blüte Alos
und ihre Augen träumten braun ins Tiefe,
als ob da Sehnsucht nach dem Südmeer schliefe."

Und flammenheiß überlodert ihn die Leidenschaft des wilden Blutes:

„O komm! noch fühlt dich zitternd jeder Sinn,
vom heißen Duft berauscht aus deinem Kleide
noch wogt um mich, du Flammenkönigin,
und glüht im Aschenflor die Kupferseide."

Aber im Rosengarten der weiblichen Lieblichkeit und des Rausches konnte der bewußte Lebenskämpfer Dehmel nicht verharren. Hinaus in die Welt weist ihn das Weib! Es weist ihn in die liebebeichende Menschheit; es wird ihm zum Spiegel, aus dem er ersehen, wohin seiner Sehnsucht Taten gehen; es führt ihn zu den Schwestern und Brüdern, denen er mit seiner Kraft helfen will. Aus Weibesliebe wird in wunderbarer Vertiefung Menschheitsliebe. Und sonderlich quillt sein Herzblut für die Armen und Aermsten. Wir hoffen mit ihm und singen:

„Doch kommt wohl einst ein erster Mai,
da tritt alles Volk in eine Reih;
mit einem Schlage
heit's alle Tage
ein paar Stunden zur Freude frei!"

So bist du, Richard Dehmel, aus dumpfer Sucht zu lichter Glut gedrungen; aus Geistesringen und Sinnensehnsucht hast du die Bruderliebe emporgezüchtet:

„Rieselnd wie aus dunklem Siebe
sei es Liebe, Liebe, Liebe!"

Und das danken wir dir heute wieder, wenn wir deines 60. Geburtstages gedenken!

Lebendig begraben. In den abgelegenen Klöstern Tibets, zu denen bisher nur selten der Fuß eines Europäers vorgedrungen ist, gibt es Mönche, die sich buchstäblich lebendig begraben lassen, um den Frieden des Nirwana nach einer kürzeren Anzahl von Wiedergeburten zu erlangen als die gewöhnlichen Sterblichen. Das schauerliche Schicksal dieser Einsiedler, das alle unsere Vorstellungen von menschlicher Askese übersteigt, wird von einem englischen Reisenden geschildert, der die Einsiedeleien in der Nähe von Dschangtse, einem Dorf an der Straße von Gyantse nach Shigatse, besuchte. Hier haben sich 30 Mönche zu einem selbstgewählten Tode bei Lebzeiten zurückgezogen. Das Kloster heißt Nyangto-Kyipu, was soviel bedeutet wie „glückliche Schau auf das menschliche Elend". Aber kein menschliches Elend kann größer sein, als das, das diese Unglücklichen ertragen, die in winzigen schwarzen Löchern Leben, bis der Tod sie von der Erfüllung ihres Gelübdes befreit. Die Hütten der Einsiedler sind rund um das Hauptkloster gruppiert, das sich an dem Abhang eines Berges befindet. In dem Kloster wohnen einige Lamas, die den Asketen, die sich lebendig begraben lassen, die notdürftigste Hilfe angedeihen lassen und außerdem Novizen ausbilden, die sich dem Berufe dieser Asketen widmen wollen. Eltern, die ihre Söhne zu dem Leben der Einsiedler bestimmt haben, übergeben die Kinder im Alter von 7 bis 8 Jahren den Lamas, die sie bis zum 11. Jahre in den heiligen Schriften des Lamaismus unterrichten. Dann werden die jungen Anwärter auf die Heiligkeit sechs Monate hindurch in eine vollständig dunkle Zelle gebracht und müssen sich diese Zeit ganz der inneren Betrachtung widmen. Sie dürfen nicht sprechen, und ihr einziger Zusammenhang mit der Außenwelt besteht darin, daß sie täglich eine kleine Menge gerösteter Gerste, die ihre einzige Nahrung bildet, durch eine schmale Oeffnung in die Zelle hineingereicht erhalten. Wasser fließt in ihren Becher aus einer Leitung in der Wand. Wenn die erste Prüfungszeit überstanden ist, werden die Knaben in das Kloster zurückgebracht, um ihre Studien fortzusetzen. Nachdem dies vollendet ist, kommen sie für drei Jahre drei Monate und drei Tage in die Dunkelzelle zurück, und wenn sie dies überstanden haben, beginnt ein neuer Unterricht im Kloster. Diese zweite Prüfungszeit ist gewöhnlich im Alter von 16 bis 18 Jahren vollendet. In dieser Zeit haben die jungen Asketen bereits alle Willenskraft verloren und sich an ein dumpfes Hindämmern gewöhnt, so daß sie genügend vorbereitet sind, um den dritten Grad der Prüfung auf sich zu nehmen, der bis zu ihrem Tode andauert. „Bei meinem Besuch in Nyangto-Kyipu", erzählt der Reisende, „zeigten mir die Lamas die Zelle eines Mönches, der hier bereits 25 Jahre verbracht hat, ohne nur ein einziges Mal das Licht des Tages zu erblicken, ohne ein einziges Wort zu denen zu sprechen, die ihm täglich seine Nahrung bringen. Vor der Zelle stehend, hörte ich nicht das geringste in ihr, und das einzige Zeichen dafür, daß sie bewohnt ist, gab ein Klopfen meines Begleiters an der Falltür, die sich nach einer oder zwei Minuten langsam öffnete und eine behandschuhte Hand sehen ließ, die sofort wieder zurückgezogen wurde. Selbst die Hand des Einsiedlers darf nicht das Licht sehen! Wenn ein Mönch in eine solche Zelle endgültig eingetreten ist, dann wird die Tür vermauert, und er verkehrt nur noch durch eine Falltür, eine Art Luke, mit der Außenwelt. Erst wenn die Nahrung, die man ihm hinstellt, fünf Tage lang unberührt geblieben ist, wird die Tür wieder aufgemauert, um die Gebeine des Asketen herauszunehmen, der nun aus seinem lebendigen Grab in das wirkliche überführt wird."

Reform und Abbau.

Von Dr. Carg Herz-Spandau.

Die demokratischen Fraktionen haben im Reichstag und Landtag Anträge eingebracht, die auf Vereinfachung der Verwaltung abzielen. Die Vereinfachung soll durch Zusammenlegung von Ministerien, Verringerung der Instanzen, Dezentralisierung und Erweiterung der Selbstverwaltung sowie durch Aufhebung veralteter Gesetze herbeigeführt werden. Diese Reformwünsche treffen die entscheidenden Gesichtspunkte und lassen Sachkunde und genaue Kenntnis des gegenwärtigen Zustandes der Verwaltung erkennen. Die Sozialdemokratische Partei wird an diesem Antrag nicht leichthin vorübergehen dürfen. Vielmehr wird man nicht ohne Bedauern sagen müssen, daß die sonst nicht gerade lebenskräftige demokratische Partei hier die Initiative ergriffen hat in einer Frage, die zu lösen die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen wäre.

Gustav Schmoller, der als Geschichtsschreiber viel erträglicher ist wie als theoretischer Nationalökonom, spricht bei Schilderung der Straßburger Zunftkämpfe des 14. Jahrhunderts von dem Fehler, „den wir in der Gegenwart so tausendfach begehen; man glaubte, daß eine veränderte Verfassung allein helfen könne, während zugleich der ganze Mechanismus der Verwaltung die Gliederung des Aemterwesens, ein anderer werden mußte". Die Revolution hat, wie alle Fehler einer unvollendeten Revolution, so auch diesen Fehler begangen. Man schuf überall demokratische Verfassungen und ließ die reaktionären Verwaltungen unverändert weiterarbeiten. Der ganze Streit um Demokratie und Diktatur ging letzten Endes um das Problem, die breite Masse des Volkes zum unmittelbaren Träger der öffentlichen Verwaltung zu machen. Als die revolutionäre Flut abgeebbt war, stellte sich nun freilich gerade das entgegengesetzte Resultat heraus. Die alte Bureaukratie hatte sich im vollen Umfange behauptet. Ja noch mehr: Die Ironie der Geschichte, die nach dem viel zitierten Wort von Engels alles auf den Kopf stellt, hat die sozialdemokratischen Minister gezwungen, sich zur Erhaltung der schwer erschütterten Staatseinheit und Staatsautorität auf diesen früher von ihnen auf Tod und Leben bekämpften Staatsapparat stützen. Daher schreibt sich zum nicht geringen Teil der konservative Charakter unserer Verwaltungspolitik her, der namentlich den vorurteilslosen Ausländer bei Betrachtung deutscher Verhältnisse immer wieder auffällt. Die sozialdemokratischen Minister suchten überall die Staatsgewalt in ihrer Hand zu konzentrieren, um damit einen Damm gegen den Ansturm von links und rechts zu schaffen. Daraus ergab sich nun aber wieder eine Stärkung des Einflusses der alten, im Grunde antirepublikanischen Bureaukratie, die nun ihrerseits aktiv vorging, die vom Parlament erlassenen demokratischen und republikanischen Schutzgesetze sabotierte und vielfach den Stützpunkt für die Tätigkeit rechtsputschistischer Organisationen abgab. Die zentralistische Verwaltungspolitik der Nachkriegszeit vernichtete aber weiter den kärglichen Rest der Selbstverwaltung und zerstörte damit unersetzliche politische, kulturelle und finanzielle Werte. Es ist nachgerade ein Skandal geworden, mit welchen Lapalien man sich in den Ministerien beschäftigt; und ebenso skandalös ist die Bevormundung der Selbstverwaltung, die vielfach schlimmer ist als in der wilhelminischen Zeit. Die Folge ist, daß die Ministerien mit ihrem hochbesoldeten Beamtenpersonal sich zu riesigen Wasserköpfen auswachsen, daß dem Verwaltungsapparat jede Anpassungsfähigkeit an den schnellen Wandel der Verhältnisse abgeht und daß jener öde Formalismus und Leerlauf entsteht, der in ähnlicher Situation einem Freiherrn von Stein immer neue Worte der Entrüstung entlockte. Wenn man nicht den Kampf gegen diesen alles überwuchernden zentralistischen Bureaukratismus aufnimmt, ist alle aufopferungsvolle Tätigkeit unserer Parlamentarier völlig nutzlos.

Hand in Hand mit der wachsenden Unproduktivität der Verwaltung ging aber als Folge der Zentralisationstendenz, die nicht nur im Reich, sondern in allen Ländern sich bemerkbar machte, eine ungeheure Personalvermehrung. Eine Verwaltungspolitik, die den örtlichen Instanzen jede Entscheidungsfreiheit nimmt und jede noch so geringfügige Angelegenheit durch alle Stockwerke bis zum Ministerium hinaufführt, beansprucht natürlich gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine erhebliche Personalvermehrung, besonders wenn man noch obendrein möglichst komplizierte Abrechnungs- und Kontrollsysteme schafft. Die Beamtengewerkschaften haben daher grundsätzlich recht, wenn sie bei der Verhandlung über den Beamtenabbau erklärten, daß ein Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung erst dann vorgenommen werden könne, wenn durch organisatorische und gesetzgeberische Reformen die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Freilich werden wir namentlich in Preußen, nach der Probe, die wir mit dem Entwurf einer neuen Städteordnung jetzt erleben müssen, auf absehbare Zeit mit einer wirklich demokratischen und daher Kräfte ersparenden Verwaltungsreform nicht zu rechnen haben.

Immerhin wäre es natürlich falsch, auf jeden Beamtenabbau verzichten zu wollen. Selbst bei der heutigen Verwaltungsorganisation ist die Verschwendung mit Arbeitskräften im öffentlichen Dienst ungeheuer. Aus der idyllischen Periode der Vorkriegszeit hat man in gewohnheitsmäßiger Gedankenlosigkeit, die sich in der Bureaukratie sehr leicht ausbildet, völlig veraltete und schwerfällige Formen der Geschäftsführung übernommen. Die Zahl der höheren Beamten selbständiger zu gestalten. Darüber hinaus werden manche Arbeitsgebiete eine Einschränkung erfahren müssen. Jede Demagogie würde sich bitter rächen; wir können heute nur in einfachen und großen Formen verwalten und müssen auf alle Verfeinerung verzichten.

Die öffentliche Kritik hat ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Gemeindeverwaltungen gerichtet. Es ist richtig, daß hier sehr viel im argen liegt. Aber nach meiner Beobachtung sieht es im Staat und Reich an manchen Stellen noch viel schlimmer aus. Die Gemeindeverwaltung arbeitet wenigstens im Lichte der öffentlichen Kritik. Die Staats- und Reichsbehörden sind — auch eine Folge des Verwaltungszentralismus — der allgemeinen Aufmerksamkeit in viel höherem Grade entrückt, da sie nicht bei der Gemeinde einem örtlichen Kontrollorgan unterstellt sind und das Parlament zum Eindringen in den vielgestaltigen und vielverzweigten Verwaltungsapparat überhaupt nicht in der Lage ist.

Die Beamtengewerkschaften werden hoffentlich an die Lösung der schwierigen Aufgabe, die ihnen jetzt angesichts des Beamtenabbaues erwächst, nicht aus dem Gesichtspunkt des einseitigen Gruppeninteresses herangehen. Soweit ein Personalabbau bisher überhaupt vollzogen wurde, mußten die Angestellten und Arbeiter die Kosten tragen, da ihr Dienstverhältnis jederzeit löslich war. Aus diesen Schichten sind Leute entlassen worden, die in jahre- und jahrzehntelanger Tätigkeit ihrer öffentlichen Körperschaft treu gedient haben. Diese Verhältnisse sind auf die Dauer nicht tragbar. Der geschwächte Wirtschaftskörper des deutschen Volkes kann die schwere und veraltete Verwaltungsrüstung nicht mehr tragen. Der Grundsatz: wenige, aber gut bezahlte Beamte muß zur Durchführung gelangen. Für den öffentlichen Dienst sind die Besten gerade gut genug. Die außerordentlichen Anforderungen, die heute an die Verwaltung herantreten, erfordern in allen Stufen ein qualifiziertes Personal. Daß hier schwere Mißgriffe vorgekommen sind, ganz besonders auch bei der Wahl in leitende Verwaltungsstellen, kann nicht bestritten werden. Die großen Fragenkomplexe der Beamtenauswahl, der Beamtenbildung, des Beamtenrechts und der Beamtenbesoldung werden auch in der Parteidiskussion gründlicher als bisher zu behandeln sein.

Mag sich nun der Beamtenabbau auf der organischen Grundlage einer großzügigen Verwaltungsreform oder, wie leider wahrscheinlich, auf der schmaleren Basis einer Geschäftsvereinfachung vollziehen: die Umstellung des schwerfälligen Apparates erfordert in jedem Falle ein ungewöhnliches Maß von Energie und wird in sehr viele Interessensphären und lieb gewordene Gewohnheiten eingreifen. Erfolg wird die ganze Aktion nur haben, wenn man sich klar ist, was man will und dann das gewollte Ziel konsequent verwirklicht. Viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Die Sozialdemokratie aber sollte dieser für die Festigung der Republik lebenswichtigen Frage mehr Interesse wie bisher entgegenbringen. Mit müder Resignation, die einer Entscheidung in grundsätzlichen Fragen aus dem Wege geht, läßt sich die preußisch-deutsche Verwaltungsreaktion nicht beseitigen, der öffentliche Dienst nicht modernisieren und die Demokratie nicht stabilisieren.

Deutschnationale Machtgelüste.

Graf Westarp über die „Regierung des Vertrauens".

Die starke Erregung innerhalb der sogenannten nationalen Kreise über die Münchener Vorgänge kommt auch in den öffentlichen Versammlungen der Rechtsparteien zum Ausdruck. Die Sympathien der Anhänger der Rechtskreise sind dabei offensichtlich viel mehr auf der Seite Hitlers und Ludendorffs als auf der Seite des „ultramontanen", „von den Jesuiten gekauften" „verräterischen Generalstabskommissars v. Kahr. In einer öffentlichen Versammlung in Tempelhof verurteilte Graf Westarp das Vorgehen Hitlers und Ludendorffs als politisch unklug. Er machte dann weiter interessante Mitteilungen über die strategischen Absichten der Rechtsputschisten:

„Mit dem **Streit der nationalen Elemente untereinander** ist nicht vorwärtszukommen. Unsere Parteifreunde in München und ein von Tag zu Tag wachsender Teil der dortigen vaterländischen Verbände steht auf dem Standpunkt, es muß bei der **Diktatur Kahr bleiben.** Sie wünschen nicht, daß er gestürzt wird und daß wieder durch **neue planlose Erhebungen die nationale Sache gefährdet wird.** Nach den persönlichen Informationen, die ich eingezogen habe, halte ich diesen Standpunkt für den richtigen. **Kahr muß bleiben** und die **Regierung Knilling muß bleiben** und sie werden bleiben, und Bayern muß weiter die Politik treiben, darauf kommt es an, die es bisher getrieben hat, um im Reiche andere Verhältnisse zu schaffen."

Natürlich gebraucht Westarp zu dem Zweck eine **Beseitigung der jetzigen Reichsregierung** und vor allen Dingen **den Hinauswurf der Sozialdemokratie aus allen Länderregierungen.** Er bedauert den Widerstand der bürgerlichen Parteien namentlich in Preußen gegen diese Forderung und formuliert demgegenüber das deutschnationale Programm folgendermaßen:

„Wir verlangen im Reiche eine Regierung des nationalen Vertrauens. Da eine Regierung nicht das Vertrauen der ganzen Nation haben kann, verlangen wir eine Regierung, die das **Vertrauen der nationalen Kreise hat, der Berufsstände, der Landwirtschaft** und der **christlich-nationalen Arbeiterschaft,** der Deutschnationalen Partei der vaterländischen Verbände und der **alten,** guten preußischen Beamten. Das parlamentarische System hat vollständig abgewirtschaftet. Wir werden eine Regierung haben müssen, die mit diktatorischen Vollmachten unabhängig vom Reichstage und den Parlamenten wenigstens für den Uebergang die feste, führende Hand zeigt. Es brauchen nicht Parteimänner aus unseren Reihen zu sein, **aber Leute, die etwas von den Dingen verstehen.** (Zurufe: **Keine Juden und keine vom jüdischen Großhandel Abhängige!**) Auf welchem Wege eine solche Regierung zu bilden ist, **darüber kann man in öffentlichen Versammlungen nicht reden, das müssen Sie schon uns Parteiführern überlassen.** Wir sind durchaus erfüllt von der Notwendigkeit, stramm aktivistisch, vorwärtsdrängend das jetzige Regierungssystem zu beseitigen. Wir sind der Ansicht, daß man damit nicht mehr **Wochen und Tage warten darf, daß das sofort geschehen muß,** damit nicht in Bayern oder anderswo eine neue Flamme hervorbrennt."

Westarp weiß natürlich sehr genau, daß diese Machtgelüste der Deutschnationalen nicht leicht durchzusetzen sind. Er tut so — offenbar mit Rücksicht darauf, daß er in einer öffentlichen Versammlung spricht —, als wollten die Deutschnationalen auf dem Umwege über eine Reichstagsauflösung den legalen Weg beschreiten und durch Neuwahlen auf der rechten Seite die Deutschnationalen und auf der linken Seite die Kommunisten stärken (das wäre der größte Erfolg der Reaktion!), um so die Position der Sozialdemokraten und der Mittelparteien zu schwächen. In Wirklichkeit wissen die Deutschnationalen ganz genau, daß ihre Pläne nur durch Gewalt zu erreichen sind und daß ihre Regierung allerdings „nicht das Vertrauen des ganzen Volkes" haben wird. Grotesk ist die außenpolitische Perspektive der Herrschaften. Er spricht von dem Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich, er sieht dabei voraus, daß „der Franzose weiter vorstößt gegen den Main, gegen Berlin und die Hansastädte". „Aber", fährt er tapfer fort:

„wenn ich die Wahl habe zwischen einer neuen feigen Kapitulation und der Möglichkeit eines solchen weiteren Vormarsches der Franzosen, so ist mir die Wahl nicht zweifelhaft, dann müßten wir eben das Risiko eines solchen Vormarsches eingehen. (Beifall.) Wenn durch den weiteren Vormarsch der Franzosen diese Tatsache vor aller Welt klargestellt wird, dann wird sich auch das deutsche Volk zu mannhaftem Widerstand ermannen."

Das sind die Leute, die über das wirtschaftliche Elend jammern und dem Volke vorreden wollen, daß sie mit ihrer „Regierung des Vertrauens" imstande sein werden, das Elend zu mildern. Sie werden nur eins fertig bringen, die Zersplitterung und den Untergang Deutschlands für Jahrzehnte zu sichern.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Schnock.

Ein niederländisches Gemälde von Friedrich Hebbel.

3. Fortsetzung.

„Vor Allerheiligen laß ich mich auf nichts ein!" versetzte ich fest und bestimmt und sprang, ohne die Gegenrede abzuwarten, mit einem Satz hinaus. Draußen empfing mich mein Gesell mit geballten Fäusten und fiel über mich her. Ich hielt es für meine Schuldigkeit, mich von ihm durchprügeln zu lassen, und ließ ihn gewähren, versuchte jedoch zugleich, ihn über das Ereignis aufzuklären, was freilich nur dazu führte, daß er mich, wenn er seinen Armen ein wenig Ruhe gönnte, einen doppelten und dreifachen Windbeutel nannte und dann wieder mit erneuter Wut auf mich losschlug. Endlich packte er mich gar bei der Kehle und gab sich alle Mühe, mich niederzuwerfen; es hatte den ganzen Tag geregnet, die Erde war kotig, und wer seinen besten Rock trug, wie ich, mußte jede Berührung mit ihr, ausgenommen diejenige, der man nicht ausweichen kann, scheuen. Ich konnte daher nicht länger umhin, dem unsinnigen Menschen, dem ich an Leibesstärke überlegen war, einen Schlag zu versetzen, und gab ihm einen ins Gesicht, hatte es aber kaum getan, als ich's auch schon bereute; denn ich hatte ihn gerade auf die Nase getroffen, und er stürzte lautlos, wie ein Ochs vor der Axt des Metzgers, zu Boden. Ich glaubte, ein unfreiwilliger Mörder geworden zu sein und verfluchte mein Schicksal; denn ich erinnerte mich von meiner Wanderschaft her eines Falles, wo ein Schmied im Streite einen Schneider durch einen einzigen Schlag getötet hatte, und ich wußte, was meine Faust vermochte, wenn ich ordentlich damit ausholte. Ich schwur dem Himmel, noch denselben Abend, falls es verlangt würde, mit Lene Hochzeit zu machen, wenn er den Menschen wieder auferwecke; ich schwur dem Menschen, das Mädchen mit keinem Auge mehr anzusehen, wenn er von selbst wieder aufstehe, und ich wurde mir des Widerspruchs zwischen beiden Schwüren gar nicht bewußt. Ich fing an, mich nach Dingen zu sehnen, wonach sich wohl noch nie jemand gesehnt hat; nach einem Hungerleider, ja nach einer Ohrfeige und einem Fußtritt. Zuletzt trat ich, um zu erproben, ob noch Leben in ihm sei, ihm derb auf die ausgestreckt daliegende Hand. Da richtete er sich schnell etwas empor und biß mich, um mir den Beweis gründlich zu geben, ins Bein. Es tat sehr weh, und ich stieß einen lauten Schrei aus, doch innerlich freute ich mich über diesen Biß. Nun nieste er, sprang auf und drang wieder auf mich ein. Um ihn nicht doch noch totzuschlagen, macht' ich mich auf die Füße und langte, verstörter wie jemals, bei meiner Mutter an. Sie kam mir auf dem Flur mit brennender Lampe entgegen und empfing mich mit ärgerlich-freundlichem Gesicht.

„Wo bist du gewesen?" rief sie mir zu, konnte aber ein dummfluges Lächeln nicht unterdrücken, woraus ich sah, daß ich die Frage nicht zu beantworten brauchte. Ich zeigte auf mein blutendes Bein und sagte: „Gott vergebe dir, was du an mir getan hast!" Dann ging ich, ohne ihr weiter Rede zu stehen, in meine Schlafkammer, riegelte mich ein und öffnete ihr nicht einmal die Tür, als sie mit altes Leinen zum Verband der Wunde brachte, sondern zerriß zu diesem Zweck in meiner Erbitterung ein ganz neues Hemd. Uebrigens schlief ich in der auf diesen Abend folgenden Nacht besser, als man vielleicht erwartet, was ich dem Umstande beimesse, daß es bis Allerheiligen noch ein volles Vierteljahr hin war. Wer es, wie ich, so lange Zeit vorher weiß, wann er in den Ehestand eintreten muß, der wird, wenn er nicht ganz und gar auf den Kopf gefallen ist, nicht blindlings hineinrennen, wie der Fuchs in die Falle, er wird mit Umsicht und Bedächtigkeit zu Werke gehen und jede Vorsichtsmaßregel ergreifen, die dem Menschen in solcher Lage zu Gebote steht. Mein erstes gleich nach dem schauerlichen Verlobungsabend war, meiner Braut die Ueberzeugung beizubringen, daß es mir an körperlichen Kräften nicht mangle. Ich trug, wenn ich sie bei meiner Mutter oder sonst in der Nähe wußte, dicke Balken, rammte ohne Beihilfe des Gesellen mit großer Mühe Pfähle ein, ja, eines Nachmittags schleppte ich die ganz schwere Hobelbank von Eichenholz auf dem Rücken fort, was eine Pferdearbeit war. Ebenso stellt' ich mich bei schicklichen Gelegenheiten, als ob ich sehr hitzigen auffahrenden Temperaments wäre; als mich einmal eine Mücke ins Gesicht stach, fluchte ich barbarisch und versetzte mir, anscheinend der Mücke wegen, einen so grimmigen Schlag auf die Nase, daß Blut floß; auf eine Maus, die eines Morgens in der Küche, wo Lene meiner Mutter beim Gänserupfen half, zum Vorschein kam, fuhr ich mit einem Lärm los, daß beide Frauenzimmer laut aufschrien, und gleich darauf dreht' ich einem schreienden jungen Kätzchen, das ich getreten hatte, den Hals um, wobei es mich stark kratzte. Mehrere Male stieß ich einen alten Bettler, nachdem ich ihm zuvor heimlich einen Schilling zugesteckt, damit er es sich gefallen lasse, zur Tür hinaus; meinen Lehrjungen schalt ich einst, noch vor dem Frühstück, einen Ochsenkopf und drohte ihm, ich wollte ihn hinterm Schornstein aufhenken, worüber der kleine Knirps so erschrak, daß er mir selbst leid tat. „Bist du so voll Galle?" fragte mich Lene, mir die Hand drückend, als ob's ihr sehr gefiele. „Wie man's nehmen will!" versetzte ich kurz und ließ ihre Hand los. „Du bist ja ein ganz anderer auf der Wanderschaft geworden," sagte meine Mutter, „früher warst du fromm und sinnig, wie ein Lamm!"

„Jedem Menschen wachsen die Zähne!" erwiderte ich und pfiff einen Galoppwalzer. Ich kam zuletzt ordentlich in die Gewohnheit hinein, der Ton meiner Stimme nahm etwas Rauhes an und meine Gebärden wurden verwegen. Ich glaube auch noch immer steif und fest, daß ein Mensch an Herzhaftigkeit und Geistesgegenwart gewöhnt werden kann, wie z. B. an Reiten, Springen und Schwimmen, nur muß man ihn von früh auf dazu anhalten; angeboren ist's keinem, jeder hat sein Leben lieb. In meiner Jugend geschah das nicht; ich durfte nicht an den Bach gehen, denn meine Mutter fürchtete, ich möchte ertrinken; wenn ich mit andern Knaben spielte und etwas schnell lief, so rief sie mir zu: „Stoffelchen," sie nannte mich bis in mein sechzehntes Jahr, wo ich's mir ernstlich verbat, immer Stoffelchen, „nimm dich in acht, daß du nicht fällst und dir den Kopf zerschlägst"; als ich einmal auf unsern kleinen Kirschbaum zu klettern versuchte, riß sie mich bei den Haaren wieder herunter. Ja, hätt' ich nur noch in meinem zweiundzwanzigsten Jahr, wie so viele meiner Kameraden, Soldat werden müssen! Dieser beständige Umgang mit geladenen Gewehren, dies Handhaben scharfer Bajonette, diese Furcht vor dem Unteroffizier, diese Angst vor Foppereien, die nicht ausbleiben, wenn man nichts Männliches an sich hat: dies alles hätt' aus mir einen Kerl gemacht, der so gut wie jeder andere sich in Wirtshäusern den Knebelbart gestrichen, grimmige Blicke wie Kugeln verschossen und ohne Anlaß mit geballten Fäusten auf den Tisch geschlagen hätte. Nun, es hat nicht so sein sollen, und hat Gott mir bis hierher geholfen, so wird er mir auch bis an mein seliges Ende helfen.

Auf Lene machte dies freilich Eindruck, aber er war anderer Art, als ich beabsichtigt hatte. Statt vor mir, wie vor einer gefüllten Pulvertonne, zurückzuschaudern, schien sie immer mehr Geschmack an mir zu finden: ich glaube, ich hätte der Teufel selbst sein können, ihr wär's recht gewesen, sie mochte sich's zutrauen, selbst den Teufel zu bändigen. So war mir's denn ziemlich gleichgültig, als der Plan, den ich eines Sonntagsnachmittags — Sonntags mußt' ich sie spazieren führen — auf einen großen, uns begegnenden Pudel baute, zu Wasser ging. Sie hatte mir nach ihrer Unart eben ins Ohr gesagt: „Ich hab' dich doch recht lieb, Christoph!"

„Der Pudel da," dacht' ich, soll dich von der verdammten Liebe etwas kurieren und dir einigen Respekt vor deinem künftigen Mann einflößen; ich will dir's zeigen, daß ich's nicht bloß mit Mäusen und Kätzchen aufnehme, sondern, seines giftigen Gebisses ungeachtet, auch mit einem Hund." Also schritt ich, ohne ihm, wie sonst, auszuweichen, frisch auf den Pudel zu. Es war eine drückende Hitze; der Pudel, halsstarrig aus Faulheit, verfolgte, zwar noch nicht knurrend, aber doch schon frech und unverschämt zu mir aufblickend, in gerader Linie seinen Weg. Lene wollte ausbiegen. „Ei was!" rief ich, sie festhaltend, „du wirst doch den niederträchtigen Köter nicht fürchten?"

Ich holte wie vom Teufel besessen mit dem Spazierstöckchen aus zum Schlag. Der Pudel zieht sich nicht zurück, herausfordernd die Zähne fletschend sieht er mich an. Gereizt schlage ich wirklich zu. Sollte man's glauben? Die aufsässige Bestie schnappt mir nach den Waden, statt sich auf die Flucht zu begeben. Da überwältigt mich meine Natur, ich reiße mich von meiner Braut los und springe über den Graben. Scham ergreift mich, als ich mir des unwillkürlichen Ausreißens bewußt werde, ich wage kaum, mich umzusehen. „Die Gefahr ist vorbei!" ruft laut lachend Lene mir zu, meinem großen Aerger bemerke ich, daß sie den Hund richtig mit Steinwürfen vertrieben hat und ihm, mir zum offenbaren Hohn, noch einige nachsenden will. „Liebes Kind," sag' ich, „nimm dich in acht, bedenkst du denn nicht, daß wir in den Hundstagen sind? Er ist ja toll!"

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Invalidenversicherung.

Vom 19. November 1923 ab werden die für die Lohnklassen zur Zeit maßgebenden Verdienstgrenzen und Beiträge auf das 5fache erhöht. Der Preis der Beitragsmarken steigt also vom zehntausendfachen auf das fünfzigtausendfache des aufgedruckten Geldwertes.

Lübeck, den 17. November 1923 (8406

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.

Das Ufer-, Platz- und Lagergeld ist vom 17. d. M. ab auf die Hälfte der Friedenssätze (Tarif vom 7. August 1915) festgesetzt worden. (8420

Lübeck, den 17. Nov. 1923. **Das Polizeiamt.**

Bußtag.

Musik-, Theater- und Lichtspielaufführungen ernster Art sind am Bußtag gestattet.

Dagegen bleiben die übrigen Beschränkungen insbesondere auch das Verbot der Tanzlustbarkeiten und Schaustellungen bestehen. (8424

Lübeck, den 19. Nov. 1923. **Das Polizeiamt**

Nichtamtlicher Teil

Statt besonderer Anzeige.

Am Freitag, dem 16. 11. 23, morgens 3¾ Uhr, entschlief sanft nach kurzer aber schwerer, in Geduld ertragener Krankheit, im blühenden Alter von 25 Jahren, meine liebe Frau, meiner 2 Kinder treusorgende Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine (8422

Ella Zander,
geb. Andersson.

In tiefem Schmerz im Namen der Familie
Fritz Zander nebst Kindern.

Trauerfeier Dienstag, 20. 11., nachm. 2½ Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Gesucht Hilfe im Haushalt nachmittags 2—3 Stunden. Vorstellen abends nach 7 Uhr. (8404 Sophienstraße 3, I.

Sucherin sucht Beschäftigung in oder außer dem Hause. Ang. unt. **C 455** an die Exp. d. Bl. (8407

Junges kinderl. Ehepaar sucht leeres Zimmer. Ang. unter **C 464** an die Exp. d. Bl (8408

Gr. 2-Zimmer-Wohn. in der Schlumacherstr. zu tauschen gegen gr. 3-Zimmer-Wohnung. Ang. unt. **C 465** an die Exp. d. Bl. (8415

Petroleumosen zu verkaufen. Preis 30 Goldm. 8423) Kreuzweg 1, p. l.

---

1 Handnähmaschine
zu verkaufen. (8418
Kerckringstraße 44. I.

---

1 Puppe
zu kaufen gesucht. Ang. unt. **C 463** an die Exp. d. Bl. (8403

Landtausch. Suche Land (Holstentor-Nord) gegen Heiligengeistkamp oder Ziegelstr. zu tausch. 8416) Einsiedelstr. 23 c.

Nach der Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 haben die Versicherten **von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel in allen Fällen 10 v. H. selbst zu tragen.** Diese Vorschrift tritt sofort in Kraft.

Eutin, den 17. November 1923. (8414

Landkrankenkasse für den Landesteil Lübeck.

Allgemeine Ortskrankenkasse
für das Fürstentum Lübeck.

Eutin, den 16. November 1923.

Mit Wirkung vom **15. November 1923** werden den bisherigen Lohnstufen I—VIII folgende neu angefügt: (8413

Lohnstufe	Arbeitsverdienst in Milliarden Mark für den Kalendertag (bis einschließlich)	für die Woche (bis einschließlich)	für den Monat (bis einschließlich)	Grundlohn in Milliarden Mk.	Tagesbeiträge in Milliarden Mk. zur Krankenversicherung	zur Erwerbslosenversicherung	Zusammen
IX	1350	9450	40500	1200	120	24	144
X	1650	11550	49500	1500	150	30	180
XI	1950	13650	58500	1800	180	36	216
XII	üb. 1950	üb. 13650	üb. 58500	2100	210	42	252

Die Beiträge sind am Sonnabend jeder Woche fällig und vom Arbeitgeber sofort an die Kasse abzuführen. Bei späterer Einzahlung erfolgt auch ohne daß eine Mahnung vorausgeht, Aufwertung nach der Reichsrichtzahl.

Der Vorstand. H. Steebock.

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags zuvor.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Patent-Matratzen, Auflege-Matratzen, geb. Mag in kurz. Zeit **Gebr. Hestj, Lübeck,** Untertrave 111/112 (835

Annahmestelle
für Großkürschnerei Berlin
Hasen-, Kaninchen- und Katzenfelle, Stutz-Pferdehaare
werden nur Goldmark ausbezahlt zu 8421) den höchsten Tagespreisen.
Marcus Lissauer
Brodtenbeerte. Hartergrube 5.

Beitragsmarken
für Vereine und Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co

Felle
kauft höchstzahlend **Isaac Frankenthal** Beckergrube 53. Tel. 8641.
8411) **Haare**

Wir haben ausgestellt:

Runde Tischdecken für Herrenzimmer / Kissen für Klubsessel / Ovale, seidengerüschte Kissen für Damenzimmer / Straminkissen, trassiert / Sitz- und Fußkissen / Kreuzstickarbeiten für Speisezimmer / Spitzendecken, oval und rund, mit effektvollen Richelieu- und Madeira-Verzierungen / Kaffee- und Tee-Puppen / Seidene Lampenschirme.

Fachkundige Beratung und sachgemäße Bedienung erleichtern Ihnen den Einkauf!

Aus der Fülle des Gebotenen einige Beispiele:

		Goldmarkpreise
Tablettdecken	Stilstich und Locharbeit gezeichnet	15 Pf.
Kissenstreifen	Loch- und Richelieu Zeichnung	25 Pf.
Quadrate	Halbleinen, Kreuzstich Zeichnung	40 Pf.
Büfettdecken	Richelieu und Loch Zeichnung	60 Pf.
Kissen	auf grauem Rips gezeichnet schöne Muster	1.75
Decken	auf grauem Rips gezeichnet 80×80 Zentimeter groß	1.70
Decken	Halbleinen, Stil- und Kreuzstich, Zeichnung	3.50
Küchenhandtücher	blau u. rot gepaspelt, gez.	1.30

Äußerst preiswerte Stick- und Häkelmaterialien in großer Farbenwahl.

In unserem Atelier werden Zeichnungen, sowie Tee- und Kaffee-Puppen / seidene Lampenschirme / Kissen usw. nach eigenen und gegebenen Entwürfen schnell und preiswert angefertigt.

Weihnachts-Aufträge erbitten wir frühzeitig.

Holstenhaus
G. m. b. H.

Bei jeder Wäsche

ist das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen ist halbes Waschen! Es wirkt schmutzlösend und zeitsparend, und verbürgt sparsamsten Verbrauch des Waschmittels.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte unübertroffene Einweichmittel. Zu einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren

unerläßlich!

8402

Wir empfehlen:
Ia. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts
zum Preise von 2 Goldmark.
8409)
Meyer & Burmeister
Bundesstrasse 16. Telephon 1750.

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (7984

Zentralverband der Angestellten
Fachgruppe Kleinhandel
Am Mittwoch, dem 21. November (Bußtag) vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus:
Versammlung
Tagesordnung: (8417
Bericht von den Verhandlungen über Goldgehälter.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling 8400
32 Holstenstr. 32

Inserate sind nur an unsere **Geschäftsstelle** aufzuliefern oder an diese zu richten.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8301
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Halb. Hosenträger
Dauerwäsche
Krawatten 8300
in großer Auswahl
Seiden-Schals
Aug. Janensch,
Sandstraße 6.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
8372
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 20. Novbr. abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Wichtige Tagesordnung.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. u. abds.: **Konzert.**
8358)

Fledermaus
8 Uhr.
8357)

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 8401

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr: (8412
Gastspiel **Hilde Möbius.**
Das Glücksmädel.
Mittwoch, 7½ Uhr: (Bußtag)
Gastspiel der Neddersdütschen Speeldeel to Lübeck (E. V.)
De Dietrichter.

Stadttheater Lübeck.
Dienstag, 7.30 Uhr:
Schöne Galathee, Brüderlein fein, Ungarische Tänze.
Mittwoch, 7.30 Uhr:
Die tote Stadt. (8410

Lübecker Volksbote

Beilage: Montag, 19. November 1923. Nummer 265.

Freistaat Lübeck.

Montag, 19. November.

Mehr Licht!

Es wird etwas dunkel in der deutschen Republik! Die Tage werden kürzer; die Dunkelmänner werden breiter. Schon jetzt ist das Kubikmeter Gas „nur" 40 Milliarden kostet; dringen die Bewohner der Mietkasernen darauf, mit Eintritt der Tagesweide die Haustüren abzuschließen, um die Kosten für die Treppenbeleuchtung zu vermeiden. Sie sitzen auch in ihrem „kalten Heim" im Dunkeln oder bei der Petroleumfunzel und gehen wieder früher ins Kiste, um Licht und Heizung zu sparen. Die einen haben nichts mehr zu lesen und sparen das Licht dazu; die anderen können nichts mehr lesen, weil sie das Licht sparen müssen. Die Abendversammlungen werden spärlicher. Selbst wenn sie in der Nähe sind, die Milliarden Straßenbahnen erspart werden und Ausgaben für Getränke nicht erforderlich sind, bleibt doch die Steuer für Licht und bald auch für Heizung zu tragen übrig. Wir geraten allmählich in Finsternis und kommen das Dunkel als Normalzustand hin. Das ist unerträglich!

Auf dem deutschen Proletariat lastet der furchtbare Druck des Kulturrückganges während der Kriegs- und Nachkriegszeit am allerschwersten. Der Akt des Versailler Friedensdiktats verstärkte diesen Druck und obendrein wird jetzt die volle Last des „Wiederaufbaus der Wirtschaft" auf seinen Rücken abgewälzt. Wir spüren zwar den Druck auch im Dunkeln, doch brauchen wir mehr Licht, um ihn deutlicher zu erkennen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit des einen Teils, Verlängerung der Arbeitszeit für den anderen Teil, Unterstützung als Existenzminimum der einen; Papiermarklöhne bei „Gold"-Preisen als Existenzminimum der anderen; Arbeitslose und Arbeitende hungern bei vollen Scheunen. Jetzt müssen sie obendrein frieren.

Nie war einmütiges Zusammengehen notwendiger; nie die Uneinigkeit in den eigenen Reihen stärker. Nie die Erkenntnis dringlicher, nie die Verwirrung größer. Kaum je die Aufklärung wichtiger und die Mittel dazu geringer. Es wird nicht nur in den Straßen der Proletarierviertel dunkler, in den Aufgängen der Mietkasernen und in unseren Wohnungen: Auch in den Köpfen wird es allmählich dunkler; wenn das Licht immer mehr heruntergeschraubt werden muß; das durch unsere Flugblätter, unsere Partei- und Gewerkschaftspresse, unsere Broschüren und Bücher in die Wohnungen und in die Köpfe der Arbeitnehmer hineingebracht wurde.

Mit der Zahl der Zeitungsleser ist auch die Leserschaft unserer Parteipresse zurückgegangen. Die Wochenschriften der Partei von der „Neuen Zeit" bis zum „Wahren Jakob", sind eingegangen. Die Gewerkschaftsblätter, die mit den Verbandsbeiträgen bezahlt und so ohne besondere Zahlung geliefert wurden, haben ihren Umfang vermindert, ihren Erscheinungszeitraum verlängert, ihren Versand eingestellt und ihn der Post überlassen. Einige sind bereits verschwunden, andere werden ihnen nachfolgen. Die Gewerkschaftsbeiträge können nur noch die Vollbeschäftigten zahlen. Bis die Beiträge eintrafiert und an die Hauptkassen abgeführt sind, sind sie fast wertlos geworden. Der Verwaltungsapparat der Gewerkschaften wird immer mehr eingeschränkt, und schon mancher der „Bonzen" bemüht die Erwerbslosenämter um ihr Einkommen. — Trübe und dunkel, wohin wir blicken!

Das Schlimmste aber ist, daß wir uns mehr und mehr an das Dunkel gewöhnen. Das Licht wird für das Unternehmertum erspart, uns bleibt der Schaden der Finsternis. Wollen wir nicht vollends in Dunkelheit versinken, müssen wir uns wehren. Nicht tiefer hinein ins Dunkel, sondern heraus aus dem Dunkel!

Wir dürfen nicht stumm und untätig zusehen, wie uns unsere Partei- und Gewerkschaftspresse entrissen wird, nicht selber dabei mithelfen; wir dürfen nicht zulassen, daß all die mühsam errungenen, gehegten und gepflegten Ansätze unserer proletarischen Kultur erwurmungslos zertampft werden, daß uns die Finsternis in allen Dingen überwältigt. Mehr Licht!

Winters Einzug. Der gefürchtete Gast ist nun doch über Nacht eingetroffen. Mit des Herbstes Nachzüglern, Wind, Sturm und Regen, setzte er sich hinziehend und langweilig auseinander. Launisch, wie Menschen und Leben sich gebärden, spielte auch dieser Streit um die Herrschaft ab. Als Zeichen seiner Diktatur überschüttete der Herrscher über Kälte und Eis vorerst unseren Landstrich mit einer Schneedecke. Er fängt recht früh an mit seiner mutwilligen Arbeit. Kaum ist das Laub von den Bäumen geschüttelt, so belegt er das Gezweige mit Schneeflocken und streut sie einen Zoll hoch über Land und Acker, verwandelt die roten Ziegeldächer der Stadt in glitzerndes Weiß. Das ist alles nett und idyllisch; aber trotzdem für die meisten Erdenwanderer recht unangenehm. Sie schauen sorgenvoll in die Zukunft. Keine Arbeit, kaum die nötige Nahrung, Kleidung und Heizung stehen sie bangend vor den Wintermonaten. Sie werden noch viel Leid bringen und Elend bloßstellen. Es gehört viel Lebenswille dazu, dem düsteren Grau des Winters zu trotzen. Doch es hilft nichts, wir müssen den Kampf aufnehmen, stille Verzweiflung würde uns nur ganz zermürben.

Die Hauptpreis-Nummerzahl für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 210 Milliarden am 12. November auf 840 Milliarden am 19. November gestiegen.

Abfahrten der Dampfer des Norddeutschen Lloyd. Nach Nordamerika: „Bremen" 17. Nov., „Leviathan" 20. Nov., „President Fillmore" 21. Nov., „George Washington" 27. Nov., „Derfflinger" 27. Nov., „München" 30. Nov., „Seydlitz" 4. Dez., „America" 5. Dez., „York" 7. Dez., „Fantasie" 9. Dez., „Columbus" 13. Dez., „President Roosevelt" 14. Dez., „Sierra Ventana" 15. Dez., „Leviathan" 15. Dez., „Bremen" 22. Dez., „President Arthur" 22. Dez., „George Washington" 29. Dez., „München" 3. Jan., „Derfflinger" 5. Jan., „Seydlitz" 8. Jan., „America" 9. Jan., „York" 10. Jan. Nach Südamerika: „Sierra Nevada" 17. Nov., „Werra" 1. Dez., „Ortega" 16. Dez., „Weser" 5. Jan., „Sierra Cordova" 26. Jan. Nach Ostasien: „Saarbrücken" 17. Nov., „Coblenz" 12. Jan., „Aachen" 16. Dez. Nach Australien: „Göttingen" 6. Dez., „Elsterfeld" 20. Febr. Mitgeteilt von G. F. Schutt & Co., Untertrave 19/18.

Brasilianisches Vizekonsulat. Der hiesige Staatsangehörige Karl Scharff, der seit 1896 bis zur Kriegserklärung Brasiliens an Deutschland im April 1917 als Vizekonsul mit der Führung der Konsulatsgeschäfte betraut gewesen war, hat die ihm angetragene Wiederaufnahme seiner unterbrochen gewesenen Tätigkeit abgelehnt und sein Entlassungsgesuch eingereicht. Eine Neubesetzung dieses Postens ist nicht in Aussicht genommen. Zuständig für das Lübeckische Staatsgebiet bleibt wie bisher das brasilianische Generalkonsulat in Hamburg, Glockengießerwall 3—4 I.

Der Geldentwertungszuschlag.

Neue Verhandlungen. / Erlasse der Reichsregierung und der Wehrkreiskommandeure gegen Preistreiberei und Entwertungszuschläge.

Wie am Sonnabend noch kurz berichtet, hat der Senat und das Wehrkreiskommando gegen den Beschluß des Verbandes Lübecker Einzelhandelsvereine, bei Zahlungen in Papiergeld einen Aufschlag von 50 Prozent zu nehmen, Einspruch erhoben. Sofort gegen den Beschluß gewandt hatten sich auch der Beamtenbund, die Oberpostdirektion und die Erwerbslosen. Am Sonnabend mittag fand im Polizeiamt eine eilig zusammenberufene Sitzung statt, die sich mit dem Beschluß des Einzelhandels befaßte und in der Senator Mehrlein erklärte, daß dieser Beschluß vom Senat aufgehoben werden müßte, da er gegen das Reichsgesetz verstoße.

Die in Aussicht genommene Maßnahme des Einzelhandels hat überall große Aufregung hervorgerufen, und nicht wenige Geschäftsleute selbst haben uns ihr Mißfallen darüber persönlich und schriftlich ausgesprochen. So schreibt uns u. a. der Direktor des Rathhauses, Herr Herbst:

„Der Beschluß der Kleinhandelsvereine, am Montag Goldmarkpreise festzusetzen und bei Bezahlung in Papiermark 50 Proz. Aufschlag zu nehmen, ist m. E. verirrt, und nur geeignet, die breite Volksmasse erheblich zu schädigen. Diese Maßnahme hätte eingeführt werden können, wenn die Rentenmark in den Verkehr gebracht ist, wovon am Montag noch nicht die Rede sein kann, da weder die Reichsbank noch die übrigen Banken Rentenmark zum Umtausch gegen Papiermark für die Handelswelt besitzen. Sofern die Regierung diesen Beschluß gutheißt, muß sie auch dafür sorgen, daß den Angestellten und Arbeitern Rentenmark zugänglich gemacht werden und daß für die Lohnsumme in Papiermark ein 50prozentiger Aufschlag seitens der Arbeitgeber bezahlt wird. Solange dieses aber nicht geschieht oder geschehen kann, darf m. E. im Interesse der breiten Volksschicht diese Maßnahme, die nur geeignet ist, einer bestimmten Kategorie von Kaufleuten auf Kosten der breiten Masse Vorteile zu verschaffen, regierungsseitig auch nicht gebilligt werden."

Diese Zuschrift trifft genau den Kern der Sache. Sie deckt sich mit unserer Auffassung und erübrigt weitere Erklärungen. Die Aufregung über das eigenmächtige Vorgehen des Einzelhandels war verständlich und mußte von den Befürwortern des Antrags in Rechnung gestellt werden. Auch wollte, wie in der Sitzung ausdrücklich hervorgehoben wurde, der täglich neu festzusetzende **prozentuale Zuschlag nur so lange erhoben werden sollte, bis sich der inländische Markkurs dem ausländischen angepaßt habe.** Nun war der Beschluß verfehlt. Hauptsächlich deshalb, wie wir am Sonnabend schon bedauten, weil er ohne jeden Uebergang und ohne Rücksicht auf die Papiermarklöhne in die Tat umgesetzt werden sollte. Die Vertreter der Einzelhandelsvereine sind nach wie vor der Meinung, im Interesse der Verbraucher zu handeln. Sie sagen, durch restloses Zufließen der Goldmark könne der Handel billiger einkaufen und komme dadurch in die Lage, die Preise wesentlich herabzusetzen. Er brauche dann keine Risikoprämie in die Ware einzukalkulieren. Beweise hierfür lägen besonders vom Hamburger Großfleischmarkt vor, wo bei Zahlung in Goldmark bedeutende Preisnachlässe zu verzeichnen seien.

*

Gegen die willkürlich hoch festgesetzten Risikoprämien im Warenpreis geht jetzt auch die Regierung und die Militärgewalt vor. Der Präsident des preußischen Landespolizeiamts bekannt in einem Rundschreiben, es sei die Beobachtung gemacht worden, daß die Grundpreise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, die jetzt allgemein auf Goldmark berechnet werden dürfen, zum Teil in Auswirkung des durch amtliche Festsetzung des sehr niedrig gehaltenen Dollarkurses nicht nur weit über die Friedenspreise, sondern auch über die **Weltmarktpreise hinaufgeschraubt sind.** Das war in sehr vielen Fällen bisher schon unbegründet. Nachdem die amtlichen Berliner Dollarnotierungen der Bewertung der Mark im Auslande entsprechend fallen, muß mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß die überspannten Goldgrundpreise sofort auf ein angemessenes Maß herabgesetzt werden, was um so begründeter ist, wenn Erzeugerpreise, wie das vielfach der Fall ist, noch unter den Friedensstellen liegen und dieselben in Gold umgerechnet, nur verhältnismäßig wenig überschritten. Die Großhändler dürfen den Abschluß und die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren aller Art nicht von der Hergabe anderer Zahlungsmittel als der Papiermark abhängig machen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen kann auch auf Zuchthaus erkannt werden.

*

Ein durch WTB. verbreiteter Erlaß der Reichsregierung gegen Preisausschreitungen besagt:

Die bisherige Bekämpfung der Auswüchse im Warenverkehr, insbesondere der Preisausschreitungen, ist in erheblichem Maße durch die Tatsache behindert, daß der Verkäufer das Risiko der Geldentwertung in die Warenpreise einrechnet. Da die Höhe der Geldentwertungszuschläge lediglich geschätzt wird und die Art und Weise ihrer Verrechnung vielfach willkürlich erfolgt, ist eine große Mannigfaltigkeit und Unübersichtlichkeit der Preisberechnungsmethoden eingetreten. Nachdem nun neben der weiteren Verausgabung von Goldanleihestücken die Rentenmark in fortschreitendem Maße in Umlauf gelangt, wird binnen kurzem der Verkehr mit wertbeständigen Zahlungsmitteln ausreichend versorgt sein. Damit entfällt der wichtigste Grund für die Einrechnung undurchsichtiger, die Warenpreise erheblich verteuernder Risikozuschläge. Der Reichswirtschaftsminister hat daher gemeinsam mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in einem an die Landesregierungen gerichteten Rundschreiben auf diese Tatsache hingewiesen. Das Schreiben spricht insbesondere die Erwartung aus, daß die mit der Durchführung der Preistreibereiverordnung betrauten Behörden, vor allem Preisprüfungsstellen und Polizeibehörden, die durch Goldmarkrechnung und Verwendung wertbeständiger Zahlungsmittel erleichterte Nachprüfung zum Anlaß nehmen werden, **jede Preisausschreitung beschleunigt und mit unnachsichtiger Strenge zu verfolgen.** Hierbei soll das Hauptgewicht der Ueberwachung der Preisbildung der lebensnotwendigen Bedürfnisse, insbesondere der Lebensmittel, zugewandt und auch darauf geachtet werden, daß Preisunterschiede in Gebieten mit gleichen wirtschaftlichen Bedingungen vermieden werden. Den Staatsanwaltschaften und Gerichten soll durch die übergeordneten Landesbehörden nahegelegt werden, gegen Schädlinge des Gemeinwohls die strengsten Strafmittel, wie Untersagung des Handels, Schließung der Geschäftsräume und schwere Zuchthausstrafen anzuwenden. Friedensgewinne dürfen in dieser Zeit der von allen Schichten gemeinsam zu tragenden Not nicht beäugelt werden.

*

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General der Infanterie von Seeckt, richtete am 15. November an die Wehrkreiskommandeure folgendes Schreiben: Die Währungswirren haben besonders in den letzten Tagen zu einem Hochtreiben der Goldmarkpreise geführt, das weite Kreise aufs tiefste beunruhigt. Auf dem Wege der Ware bis zum Kleinhandel haben die Zwischenstellen zum Ausgleich der Geldentwertung Risikoprämien eingeschaltet, die schließlich den Endpreis weit über die Friedenshöhe steigerten. Die Kaufkraft der Verbraucher dagegen ist erheblich zurückgeblieben. Heute beginnt die Rentenmark in den Verkehr zu treten. Das Volk hofft aus seiner Not heraus sehnlichst auf ihre Heilkraft. Sie soll das feste Verhältnis zwischen Sachwert und Zahlungsmittel wieder herstellen, die **Entwertungsprämien aus der Preisstellung ausschalten** und damit zur Senkung der Preise beitragen. Die Durchführung dieser Reinigung wird auf harte Widerstände stoßen bei zahlreichen Schädlingen, die sich an den Währungswirren bereicherten. Die Reichsregierung hat an die Länder ein Rundschreiben erlassen, in dem die Durchführung der Wucherbekämpfung und Ueberwachung der Preisbildung von dem Beginn der Ausgabe der Rentenmark ab besonders nachdrücklich gefordert wird. Ich bitte die Militärbefehlshaber, dieser Angelegenheit besondere Aufmerksamkeit zu widmen, die Bestrebungen der Landesregierungen und Verwaltungsbehörden tatkräftig zu fördern und für die Bestrafung der Schuldigen die ganze Macht der vollziehenden Gewalt einzusetzen.

*

Nun soll der Handel einmal zeigen, daß er ernstlich gewillt ist, durch eine vernünftige und gerechte Preispolitik an der Gesundung unseres kranken Wirtschaftskörpers mitzuwirken. Dadurch, daß man die ganzen Lasten auf die Verbraucher abwälzt, geschieht dies allerdings nicht. Uebrigens ist der Versuch, den Geldentwertungszuschlag einzuführen, nicht auf Lübeck beschränkt. In Bremen z. B. wollten die Kleinhändler einen Zuschlag bei Papiergeldzahlung von 200 Prozent nehmen. Der von der Polizeidirektion gebilligte Plan stammt, wie die Bremer Volkszeitung berichtet, von volksparteilicher Seite. In letzter Stunde wurde dann in einer außerordentlichen Senatssitzung dieses Vorhaben vereitelt.

Goldmarkgehälter in der Metallindustrie.

Ein Vorschlag zur Vereinfachung.

Die Angestellten erhalten Abschlagszahlungen an jedem zweiten Tage. Die Höhe derselben wird errechnet aus dem vierfachen Brotpreis am Auszahlungstage, addiert mit der Länge der Erbsche bei einem Barometerstande von Minus 0,702 zwischen 71,02 Grad nördlicher Breite und 14,72 östlicher Länge und dem Durchschnitt der Luftfeuchtigkeit nach einem Landregen auf den Kanarischen Inseln mit einem Niederschlag von 2,701 engl. 11 ers Minute. Die so errechnete Zahl, bei welcher man das Komma um zwei Stellen nach rechts verrückt und die erste Zahl nach dem Komma, multipliziert mit dem Durchschnittsalter, welches von 21,748 Einsendern (218 Einsendungen wären ungültig) unter der Abonnentenzahl der „Berliner Morgenpost" auf deren Preisfrage „Wie alt ist Hugo?" in der Abendausgabe vom 1. April 1923 bis zum 14. August 1923, mittags 12 Uhr, errechnet war, ergibt in der Quadratwurzel die Grundzahl, welche dividiert mit der Länge, um die sich eine Eisenbahnschiene Normalprofil 78 (§ 1921 der Preuß. Staatseisenbahnen) von 24 Meter Länge bei einer Erwärmung von 72 Grad R. ausdehnt, die Formel festlegt, mit der das übrige spielend festzustellen ist.

Die so errechneten Beträge werden pünktlich ausgezahlt, vorausgesetzt, daß technische Schwierigkeiten nicht eintreten.

Dr. Waldschmidt im „Vorwärts".

Achtung, Erwerbslose!

Am Dienstag mittag findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, in der über den Zeitpunkt der Wahl des Erwerbslosenrates Beschluß gefaßt werden soll. Die Kommunisten beabsichtigen, die Wahl sofort in der Versammlung vorzunehmen. Das muß unterbunden werden, um allen Erwerbslosen Gelegenheit zu geben, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Wahl muß bei der Abstimmung am Donnerstag vorgenommen werden, damit keine Zersplitterung entstehen kann. Deshalb müssen hauptsächlich die der SPD. angehörigen Erwerbslosen am Dienstag mittag in der Versammlung im Gewerkschaftshaus erscheinen. Die SPD.-Erwerbslosen machen folgenden Wahlvorschlag:

Liste:	Ersatzleute:
F. Mengel	W. Mengel
Lassen	Deschler
Meyer	Lapp
Ostermeyer	Engel
Stolzenburg	Westphal

Wahlkomitee:

Nagke. Holz. Siegemann. Sühlsdorf. Raabe. Wohlers. Speralski.

Gesundheitszustand der Bevölkerung im Oktober.

Von akuten ansteckenden Krankheiten sind im verflossenen Monat 37 Typhuserkrankungen zur Kenntnis gekommen, von denen 4 tödlich verlaufen sind. Von diesen Todesfällen betraf einer einen erst nachträglich bekannt gewordenen Typhusfall in Travemünde, 3 ereigneten sich in der Stadt Lübeck. Dabei handelte es sich einmal um einen von auswärts stammenden Osdachlosen, 2 Todesfälle gehören zu einer durch Milchinfektion veranlaßten Epidemie. Im ganzen belief sich die Zahl der Fälle, bei denen ein Zusammenhang mit der Milchversorgung erwiesen oder wahrscheinlich war, auf 24, während ein solcher Zusammenhang in 13 Fällen nicht in Frage kam. Wenn auch alsbald die erforderlichen Schritte erfolgt sind, um der verdächtigen Milch den Zuhang nach Lübeck zu verlegen, so wird doch die früher erlassene Warnung vor dem Genuß roher Milch weiter zu Recht bestehen. Bei den übrigen Typhusfällen mögen andere Nahrungsmittel zweifelhafter Beschaffenheit ursächlich mitgewirkt haben, wie denn auch mehrfach vorkommende Nahrungsmittelvergiftungen, einige Fischvergiftungen durch Backfisch, als ein Beweis für die gelegentlich nicht einwandfreie Beschaffenheit der Nahrungsmittel zu erwähnen sind. Ob und wieweit Nahrungsmangel, der Zeitungsnachrichten nach in anderen Städten Todesursache geworden ist,

auch in Lübeck Todesfälle verschuldet hat, ist aus den Totenscheinen an sich nicht zu ersehen. Todesfälle an ausgesprochenen Hungerkrankheiten, Hungerödem, Skorbut oder dergleichen, sind nicht vorgekommen. Bei 12 hochbetagten Personen ist Altersschwäche, zum Teil neben Herzschwäche, Darmkatarrh und Zirkulationsstörung, als Todesursache ärztlich angegeben. Wieweit dabei etwa Nahrungsmangel im einzelnen mitgespielt hat, läßt sich auf Grund des vorliegenden Materials nicht entscheiden. Es handelt sich um 3 Personen von 70—80 Jahren, 11 von 80 bis 89, eine Person von 91 Jahren. Wie gewöhnlich überwiegt bei diesen Langlebigen das weibliche Geschlecht mit 9 Frauen gegen 3 Männer. Hinsichtlich der einheimischen Infektionskrankheiten war der Gesundheitszustand im übrigen günstig, es sind nur 10 Fälle von Diphtherie, 5 Fälle von Masern, 4 von Scharlach, 2 von Wochenbettfieber bekannt geworden. Tödlich verlaufen ist 1 Masernfall und 1 Wochenbettfiebertfall. Dagegen verstarben 12 Personen an Tuberkulose, davon 9 an Lungentuberkulose, je 1 an Bauchfell-, Hirnhaut- und Drüsentuberkulose.

Miete für möblierte Zimmer.

Die Schlüsselzahl zur Errechnung der Untermiete stieg von 3,5 auf 8,75 Milliarden, also auf das 2½fache. Die Untermieter, die nach den Richtlinien des Einigungsamtes zahlen, haben daher bei wöchentlicher Vorauszahlung für die mit dem 18. November ds. Js. beginnende Woche das 2½fache des für die Vorwoche gezahlten Betrages zu entrichten. Die Berechnung bei halbmonatlicher Vorauszahlung erläutern folgende Beispiele:

Friedenswert der untervermieteten leeren Räume monatlich: 7, 9, 12, 16 oder 20 Mark. Diese Beträge sind zur Erlangung des Grundbetrages mit 8 Milliarden 750 Millionen zu vervielfachen. Es ergeben sich folgende Grundbeträge:

in Milliarden:

61,25	78,75	105	140	175

Dazu:

a) für Abnutzung der Einrichtungsgegenstände: 200 % =

122,50	157,50	210	280	350

b) für Reinigung des Zimmers: 500, 500, 400, 350 bezw. 300 % =

306,25	393,75	420	490	525

c) für Abnutzung und Reinigung der Wäsche: 300, 300, 250, 200 bezw. 200 % =

183,75	236,25	262,50	280	350

monatlich:

673,75	866,25	997,05	1190	1400

halbmonatlich:

336,875	433,125	498,75	595	700

Bei monatlicher Vorauszahlung erscheint unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein erheblicher Teil der Monatsmiete im wertvollen Gelde im voraus entrichtet worden ist, eine Nachzahlung in Höhe der für die erste Monatshälfte bereits bezahlten Beträge angemessen.

Folgende Berichtigung erhalten wir auf Grund des Preßgesetzes: Der Artikel „Die Ursache der Sperre über die Firma Thiel" der Beilage zum Volksboten vom 15. November 1923 führt aus, daß die Firma Stanz- und Emailliermerke, vorm. Carl Thiel & Söhne, in den letzten Jahren Bauten ausgeführt haben, jetzt aber glaube, „die ungeheure Arbeitslosigkeit im Baugewerbe für ihre Zwecke ausbeuten zu können", da sie den bei ihr beschäftigten Maurern und Zimmerleuten nur den Fabriklohn von 12 Goldpfennigen pro Stunde, nicht aber den den gewerblichen Arbeitern zugesprochenen Stundenlohn von 60 Goldpfennigen bewilligen wolle. Die Auslassungen dieses Artikels sind zur Irreführung geeignet. Schon seit Jahren sind bei der Firma Stanz- und Emailliermerke, vorm. Carl Thiel & Söhne, mehrere Maurer und Zimmerer beschäftigt, die unter Billigung der Gewerkschaften den tariflichen Lohn für Fabrikarbeiter erhalten. Der Lohn beträgt nicht 12 Goldpfennige, sondern 40 für unverheiratete und 42 für verheiratete Arbeiter pro Stunde. Bei diesem Lohn stehen sich die Fabrikmaurer und -Zimmerer besser als ihre Berufskollegen mit einem Stundenlohn von 60 Goldpfennigen, da sie das ganze Jahr hindurch in 8stündiger Arbeitszeit beschäftigt sind und in ihrem Erwerbe nicht, wie ihre Berufskollegen, von der Lage des Baugewerbes und Wind und Wetter abhängig sind. Die Fabrikmaurer und -Zimmerleute haben auch bei ungünstiger Witterung ihre Arbeit und ihren Verdienst. Wenn die Firma Stanz- und Emailliermerke vorm. Carl Thiel & Söhne jetzt Maurer und Zimmerleute zum tariflichen Fabriklohn sucht, so verfährt sie nur nach einer seit Jahren gepflogenen und von den Gewerkschaften gebilligten Uebung. Die von der Firma Carl Thiel & Söhne anzunehmenden Maurer und Zimmerleute sollen nicht — wie man aus dem Artikel des Volksboten entnehmen kann — Neubauten ausführen, sondern lediglich, wie die bisher bereits bei der Firma Carl Thiel & Söhne beschäftigten Maurer und Zimmerleute interne Fabrikarbeiten ihres Faches verrichten. Rechtsanwalt Dr. Hoffmann.

Schlutup. Am Mittwoch sprach in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Parteisekretär Weiß. Der Redner schilderte die Vorgänge der letzten Wochen in Lübeck, Sachsen und Bayern. Die Versammlung zollte den Ausführungen des Redners, der es in vorzüglicher Weise verstanden hatte, die augenblickliche politische und wirtschaftliche Situation und die Urheber unserer Notlage zu schildern, reichen Beifall. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich die Genossen Jahnke, Rocksin und Petersen. Genosse Weiß richtete an die Anwesenden noch einen dringenden Appell, fest und treu zusammenzuhalten in dem kommenden Volksentscheid. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende, Genosse Harms, die Versammlung um 11¼ Uhr.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Vorstand und Ausschuß. Heute abend 7 Uhr: Wichtige Sitzung mit Bezirksführern, Referenten und Einkassierern im Gewerkschaftshaus.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten. Dienstag, den 20. November, abends 7½ Uhr: Besichtigung der Konsumvereinsbäckerei. Treffpunkt: Hansaplatz, Endstation der Linie 11. Erscheinen Pflicht. E. Frost.

Jungsozialisten. Heute abend 8 Uhr referiert Gen. Heidmann im Gewerkschaftshaus (Novemberheft abholen à 6 Milliarden). (8419) sh.

Deutsche Friedensgesellschaft. Am Dienstag abend 8 Uhr spricht in der Aula des Johanneums General von Schönaich über „Abrüstung der Köpfe". Der Eintritt beträgt 20 Milliarden Mark.

Stadttheater. Im Dienstag-Abonnement: Schöne Galathee, Brüderlein fein, Ballett. Mittwoch (Bußtag): Tote Stadt.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Zum Tode verurteilt — freigesprochen. Im Dezember 1920 wurde vom Schweriner Schwurgericht der Maurer Hansen aus Neu-Lübtow bei Ludwigslust zum Tode verurteilt, weil er als Haupttäter am Pfingstsonntag 1919 gemeinsam mit den Gebrüdern Rudolf und Heinrich Rieger den Förster Hückstädt in den Rastower Tannen ermordet haben sollte. Das Todesurteil wurde nicht vollstreckt, da das Ministerium das Begnadigungsrecht ausübte. Das Reichsgericht hatte die Revision verworfen gehabt. Auch das Wiederaufnahmeverfahren ist vom Landgericht Schwerin abgelehnt, vom Oberlandesgericht aber im Juli angeordnet worden. Daraufhin fand nun in Schwerin vor dem Schwurgericht die erneute Verhandlung statt. In Dreibergen hatte der als Mittäter zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Rudolf Rieger nach dem Tode eines zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilten infolge von Gewissensbissen das Geständnis abgelegt, Hansen sei an der Tat überhaupt nicht beteiligt gewesen, wie dieser es dauernd beteuerte, sondern er, Rudolf R., habe den Jäger, der ihn und seinen Bruder Heinrich Rieger, auf Wildfrevel ertappte, zu Boden gerissen und ihm die Kehle durchgeschnitten. Rud. Rieger ist ein beschränkter Mensch der an Verzauberung, Teufel usw. glaubt und zu Gewalttätigkeiten neigt. Der intelligentere Heinrich Rieger gibt zu, früher falsche Angaben gemacht zu haben. Er habe geholfen, den Jäger niederzuringen. Heinrich Hansens Rock, auf dem 196 Blutspritzerchen festgestellt wurden, ist aus dem Aufbewahrungsraum des Gerichts verschwunden.

Der Staatsanwalt erklärte, die Anklage wegen Mordes könne er nicht mehr aufrechterhalten. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach vorsätzlicher Tötung und bejahten die Frage nach Jagdvergehen. Für letzteres wurde auf drei Monate Gefängnis erkannt. Diese Strafe ist durch die jahrelange Zuchthausstrafe natürlich hinfällig. Das Gericht hielt die vorliegenden Verdachtsmomente, daß H. an der Tat als Helfer beteiligt gewesen sei, zu einer Verurteilung nicht ausreichend. Es erfolgte daher Freispruch und sofortige Aufhebung des Haftbefehls.

Schwerin. Zeitungsverbot. Vom Inhaber der vollziehenden Gewalt des Wehrkreises II, Stettin, ist der republikanisch-pazifistische, in Schwerin erscheinende „Norddeutsche Anzeiger" verboten worden. Die Ursache des Verbots ist die durchaus sachliche Kritik einer Verordnung des Reichswehrministeriums.

Ahrensbök. Feuersbrünste. Am Dienstag morgen brannte bei dem Gastwirt und Mühlenbesitzer Gerdt zu Hornsmühlen bei Schlamersdorf eine in der Nähe des Wohnhauses stehende Scheune vollkommen nieder; nur der Pferdestall konnte erhalten werden. Das Vieh wurde gerettet, dagegen sind alle Futtermittel und Kornvorräte, sowie die in der Scheune stehenden Maschinen, u. a. die Dreschmaschine und ein Motor, verbrannt. Ein Diemen in der Nähe der Scheune, der 15 Fuder ungedroschenes Korn enthielt, wurde nur mit großer Mühe gerettet. — Donnerstag abend hat es in Hassendorf gebrannt. Dort ist eine Scheune des Hufners Jürgensen ein Raub der Flammen geworden.

Hamburg. Opfer der Arbeit im Hafen. Sonnabend nachmittag waren die Arbeiter Jesse, Marckmannstraße 50, und Walecki, Wilhelmsburg, Schulstraße 39 wohnhaft, auf dem Dampfer „Carolus" im Ellerholzhafen bei der sogenannten Kohlenkippe der Hamburg-Amerika-Linie mit dem Löschen von Kohlen beschäftigt. Plötzlich riß das Drahtseil des Greifers. Der Greifer stürzte in den Raum und begrub beide Männer unter sich. Jesse und Walecki erlitten so schwere Verletzungen, daß sie auf dem Transport ins Hafenkrankenhaus verstarben.

Eckernförde. Die Anzeichen des Nahens der Fischzüge machen sich bemerkbar. Es wurden die ersten nennenswerten Sprottenfänge gemacht. Der Preis der Rohware stellte sich auf eine Drittelbillion das Pfund. Auch in Kiel und Flensburg hatten die Fischer bessere Ergebnisse.

Die Bürgerschaftswahl in Bremen.

Bremen, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrigen Bürgerschaftswahlen ergaben eine bürgerliche Mehrheit von rund 17 000 Stimmen. Es stehen 96 250 bürgerlichen Stimmen (1921: 99 144) 78 800 der beiden Linksparteien gegenüber (1921: 84 976). Die 120 Mandate verteilen sich wie folgt:

	1923	1921
Sozialdemokraten	36	51
Kommunisten	18	6
Demokraten	16	23
Volkspartei	26	30
Deutschnationale	12	8
Deutschvölkische	7	—
Hausbesitzer	3	—
Zentrum	2	2

Die Wahlbeteiligung betrug 85 Prozent.

Quittung.

Pressefond . . . . . 200 Milliarden.

Getreidemarkt.

(Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.)

Hamburg, 17. November.

Der Markt verlief heute sehr ruhig bei kleinen Umsätzen, wie am Sonnabend üblich. In Rentenmark konnten noch keine Geschäfte getätigt werden, da man damit noch nicht versehen ist. Weizen 2,30—2,35 Dollar; Roggen 2,15—2,25 Dollar; Hafer 2,00 bis 2,00 Dollar, Gerste 2,30—2,40 Dollar ab inländischer Station. Ausländische Gerste 2,60—2,70 Dollar, Mais 2,70—2,80 Dollar frei Kaiwaggon. Oelkuchen stetig bei unveränderten Preisen.

Futtermittel. Mais loko in holl. Gulden 9,25; Reisfuttermehl 24proz. loko in Goldanleihe Dollar 1,80; Rapskuchen loko in Goldanleihe Dollar 1,85; Palmkuchen loko in Goldanleihe Dollar 2,00; Inlandsweizenkleie loko in Papiermark 3,4 Bill.; Inlandsroggenkleie loko in Goldanleihe Dollar 0,85. Tendenz: ruhiger und abwartend.

An unsere verehrl. Bezieher.

Für die Bezahlung des Volksboten bleibt der Kurs vom Sonnabend, 1 Goldmark = 600 Milliarden Papiermark, bis Mittwoch abend maßgebend. Wer nach dieser Zeit die Quittungen einlöst, muß den Tageskurs bezahlen. Sollten unsere Trägerinnen bis zum Mittwoch wegen der Einlösung der Quittung nicht vorstellig geworden sein, so kann auch der Bezugspreis an unsere Geschäftsstelle Johannisstr. 46 abgeliefert werden. Wir bitten, die Arbeit unserer Trägerinnen zu erleichtern und gleich bei erstmaliger Vorzeigung zu begleichen und möglichst das Geld in großen Scheinen abgezählt bereit legen.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Henry Ford.

Von Willi Möbus.

„Der Geist der wahren Dienstbarkeit wird uns zum Schöpfer werden. Es braucht nur jeder von uns aufrechten Herzens seinen Teil zu tun." Diese Worte stehen fast am Schluß eines Buches, das der amerikanische Großindustrielle, der Autokönig Ford geschrieben hat. (Henry Ford, Mein Leben und mein Werk. Verlag Paul List, Leipzig.) Wer dieses Buch gelesen hat, empfängt den Eindruck, als ob hier Robert Owen wieder erstanden sei.

Wir sind zu weit von Ford und seinen Fabriken entfernt, um nachprüfen zu können, ob alles, was er uns erzählt, den Tatsachen entspricht. Wir sind in Deutschland zu mißtrauisch geworden, als daß wir von jedem, der schöne Worte spricht, auch ohne weiteres glauben können, daß er nach ihnen handle. Aber es gibt etwas, das für Ford spricht: Er hat freiwillig den Achtstundentag in seinem Reich eingeführt, er zahlt Rekordlöhne, der Mindestlohn beträgt bei ihm 6 Dollar täglich. Er hat seinen Betrieb auf eine solche technische Höhe gebracht, daß er 1920/21 nicht weniger als 1¼ Millionen Autos zu einem Verkaufspreis von je 355 Dollar erzeugen konnte. Er hat sich durch seine Preis- und Lohnpolitik bei dem größten Teil der Unternehmer verhaßt gemacht. Nicht nur durch heftige Angriffe, unbewiesene Behauptungen, auch durch faule Witze ist versucht worden, die Ford-Betriebe und ihre Arbeit zu schädigen. Trotz alledem hat sich Ford durchgesetzt. Es hat den Anschein, als ob er mit einer Handbewegung über diese Angriffe hinweggehe.

Henry Ford, 1863 als Sohn eines wohlhabenden Michigan-farmers geboren, lernte Mechaniker, bildete sich zum Ingenieur heran, war Holzfäller auf eigene Faust und später Betriebsleiter bei der Detroiter Elektrizitätsgesellschaft, bevor er selbständig die Erzeugung von Automobilen begann. Sein Werk kennzeichnet ihn als einen fortschrittlich, ja revolutionär gesonnenen Mann. Ein „Unmöglich" gibt es für ihn nur so lange, als die technischen Mittel noch keine Erfüllung eines neuen Planes oder irgendwelcher Verbesserungen zulassen. Unermüdlich strebt er nach Vereinfachung, von nichts glaubt er, daß es vollendet sei. Auf seinen Lorbeeren ausruhen heißt für ihn, bei lebendigem Leibe sterben. Unternehmer, leitende Angestellte, die, auf ihre Titel pochend, sich in Polstersesseln rekeln, sind ihm ein Greuel. Ford ist ein Verkünder der Gemeinschaftsarbeit. In seinen Betrieben gilt nur die Leistung. Titel gibt es bei ihm nicht. Jeder Mann muß auf dem Posten stehen, wo er am meisten schaffen kann. Doch jeder soll soviel verdienen, daß ihm ein menschenwürdiges Dasein möglich ist. Wer aus eigenem Willen nicht arbeiten will, möge das tun, allein er hat alsdann auch das Recht, zu verhungern. Alle sollen dem Ganzen dienen, sagt Ford, auch der Unternehmer. Billig einkaufen, teuer verkaufen ist Betrug, die Dienstleistung muß über dem Profit stehen. Der Preis eines Bedarfsgegenstandes — und dazu gehört bei ihm auch ein Auto — muß der Kaufkraft der breitesten Massen angepaßt sein. Der Verkaufspreis muß die Gestehungskosten bestimmen. Dazu muß die Ergiebigkeit der Arbeit erhöht werden, aber nicht auf Kosten der Arbeiter, sondern durch technische Verbesserungen. Schlechtbezahlte Arbeiter, sagt Ford, haben Sorgen und sind nicht bei der Sache. Ueberstunden gleichen die Mindestleistung nicht aus und sind zudem zu teuer, da ein müder Mensch in seiner Leistung erheblich nachläßt. Unwillkürlich wünschte man, daß deutsche Unternehmer mit Herrn Stinnes an der Spitze bei Ford in die Lehre gingen.

Ford gestattet den Finanzleuten nicht, in sein Geschäft hineinzureden. In seinen Betrieben soll die Arbeit und nicht das Finanzgeschäft an erster Stelle stehen. Er spricht wie Walter Rathenau von kommenden Dingen und entwirft in großen Zügen das Bild einer neuen Wirtschaft, der er die Grundsätze seiner eigenen Betriebsführung zugrunde legt, in der an Transportwegen gespart und alles auf das zweckmäßigste eingerichtet ist.

Ford erklärt, daß er den Arbeitern seiner Betriebe so gute Arbeitsbedingungen biete, wie sie die Gewerkschaften bei den anderen Unternehmern noch nicht erreicht hätten. Daher habe es keinen Zweck, daß die Gewerkschaften mit ihm verhandeln, aber es ist ihm gleichgültig, ob und wo seine Arbeiter organisiert sind. Es ist fraglich, ob die Arbeiterschaft sich in Parteien und Gewerkschaften zusammengefunden hätte, wenn alle Unternehmer wie Robert Owen oder so, wie Ford es verkündet, gehandelt hätten. Da aber solche Leute bisher weiße Raben sind, mußten die Gewerkschaften werden, um den Unternehmern das abzuringen, was diese eigentlich von selbst hätten gewähren müssen. Haben wir eine zweckmäßig eingerichtete Wirtschaft, werden sich auch die Organisationsformen ändern. Solange aber in der Wirtschaft im allgemeinen die Dinge auf den Kopf gestellt sind — und gerade Ford bestätigt das —, ist es Pflicht eines jeden, der diese Schäden erkennt, die Abwehrorganisationen der Arbeiterschaft zu unterstützen. Es scheint so, als ob diese Erkenntnis für den Amerikaner Ford doch ein „Unmöglich" ist.

*

Zu diesem Bilde über den Autokönig Ford sind einige Einschränkungen vom sozialistischen und gewerkschaftlichen Standpunkt aus geboten. Aus der Parallele zwischen Ford und Robert Owen könnte der Eindruck entstehen, als ob der amerikanische Autokönig auf eine Stufe mit dem großen englischen Sozialreformer gestellt wird. In einem kürzlich erschienenen Buche des früheren Generalsekretärs Henry Fords, Louis Paul Lochner, „Die staatsmännischen Experimente des Autokönigs Henry Ford" (München, Verlag für Kulturpolitik) fällt der Verfasser auf Grund intimer Kenntnis der Person Fords folgendes Urteil über ihn:

„Man kann sich der Schlußfolgerung nicht entschlagen, daß Henry Ford die große Idee, deren Verwirklichung er ins Leben gerufen, (gemeint ist hier die Friedensexpedition, die Ford gemeinsam mit Lochner nach Europa unternahm) nie völlig begriff, und daß sein Friedensfeldzug, ebenso wie seine antisemitische Propaganda, seine sonstigen politischen Aspirationen, seine kühnen Versuche einer Finanzreform, nur der vorübergehenden Laune eines Mannes entsprangen, der, geblendet von seinen Erfolgen als Erfinder und Großindustrieller, seine Fähigkeiten stark überschätzte, als er sich in ein staatsmännisches Verstehen und Können voraussetzendes Unternehmen einließ."

Auch Maxim Gorki, der zu dem Lochnerschen Buch ein schönes Vorwort geschrieben hat, nennt Ford den „Don Quichote der Vereinigten Staaten". Dieses Urteil erscheint angesichts der politisch reaktionären Einstellung Fords, der nach unwidersprochenen Meldungen den Hitlerbanden finanzielle Unterstützung geliehen haben soll, als zu milde.

Die Restaurierung der Alhambra. Verschiedentlich sind bereits Nachrichten aus Spanien gekommen, daß das stolzeste Bauwerk der maurischen Blütezeit in Spanien, die Alhambra, schwer gefährdet ist und ohne umfassende Restaurationsarbeiten einstürzen muß. Näheres über den Zustand und die bisher vorgenommenen Arbeiten wird in einem Aufsatz der „Times" mitgeteilt. Die Paläste der Alhambra verdanken einen Teil ihrer Schönheit der großartigen Lage, in der sie sich auf Felsen über der Stadt Granada erheben. Aber dieser Felsengrund, der durch Erdbeben und Stürme erschüttert ist, birgt gerade die größte Gefahr für die Erhaltung der Bauten, denn er ist an einzelnen Stellen unterhöhlt und muß wieder zu einem soliden Fundament gemacht werden.

Dem Besucher erscheint der größte Teil der Alhambra heute so herrlich wie je. Der sogenannte „Löwenhof" und der Myrtenhain strahlen in altem Glanz in der Sonne. Die „Halle der zwei Schwestern" und der Orangenhof mit seinem Wachtturm ist ebenfalls vollkommen unversehrt. Hier ist der Boden noch völlig fest und hat auf die Mauern keinen zerstörenden Einfluß ausüben können. An den äußeren Mauern, weiter oben an den Felsen, aber machen sich Risse bemerkbar, die tiefer und tiefer werden. Der Comares-Turm, der in seinem Innern die Halle der Gesandten enthält, ist seit langem besonders bedroht. Tiefe Sprünge laufen durch die köstlichen Arabesken, durch die glasierten Ziegel und die Filigranarbeit des Marmors. Es wäre ein Jammer, wenn dieser herrliche Saal der Vernichtung anheimfallen würde, die schon so viele Denkmäler der maurischen Kunst in Spanien ergriffen hat.

Die wichtigsten Herstellungsarbeiten sind bisher an der Gruppe von Türmen geleistet worden, die Tore de las Damas heißt. Gerüste umgeben die Türme, und es wird eifrig daran gearbeitet, die beschädigten Steine zu ersetzen. Blickt man aber von den luftigen Gärten des Generalife auf die Türme hernieder, so sieht man, wie schwierig es ist, diese Bauwerke durch Ersetzung einzelner Stücke wieder zusammenzuflicken. Das kleine Heiligtum namens Mosala, das allein noch von den Sommerwohnungen der maurischen Herrscher erhalten ist, ich schon fast völlig zerfallen, und die „Gärten" ringsherum sind nur noch ein Haufen von Ruinen.